

## INTERVIEW

# „ES HAT NOCH JEDER BEREUT. JEDER!“

Dr. Peter Klar ist Bürgermeister von Laab im Walde und Intensivmediziner. Im Kampf gegen Corona steht er gleich doppelt an vorderster Front.

TEXT//ANDREAS HUSSAK

## Herr Dr. Klar, inwiefern sind Sie beruflich mit Corona konfrontiert?

**PETER KLAR:** Als Notarzt, wenn wir die Leute von zu Hause abholen, in meiner Praxis und dann natürlich auch auf der Intensivstation. Dort hat man relativ viel mit Corona-Patienten zu tun und leider sterben auch relativ viele.

## Was erwartet die Patienten, die es überleben?

Sie müssen sich wirklich wieder ins Leben zurückkämpfen. Die Intensivstation zu überleben bedeutet für den Patienten eigentlich wieder einen Neuanfang im Leben. Man geht nicht ein paar Tage dorthin, wird beatmet und geht dann wieder nach Hause. Im Normalfall wird man wochenlang beatmet, bekommt vielleicht eine Herz-Lungen-Maschine. Das ist sehr belastend und kann auch nicht unendlich gemacht werden. Die Patienten sind sehr stark gezeichnet und brauchen lange Rehabilitation.

## Wer sind Ihre Patienten?

Man kann sagen, sehr alte Leute trifft es sehr stark und dann sehr junge, speziell unter einem Jahr. Mein jüngster Corona-Patient war sechs Monate alt, allerdings in der Praxis. Dann gibt es noch die dazwischen, die halt immer wieder ausreißen, und wir wissen leider nicht ganz, wer gefährdet ist und wer nicht. Ein Patient, der unlängst verstorben ist, war 30 Jahre alt, Fußballer, sportlich und hatte sonst keine Vorerkrankungen. Und Schwangerschaften sind ein Riesenproblem. Wir müssen immer wieder covid-positive Patientinnen operieren, um das Kind rauszuholen. Und bei einer Narkose, weil die Atmung so schlecht ist, kämpft man im Schnitt circa ein bis zwei Stunden um das Leben vom Patienten. Das ist Standard. Die meisten

unserer Patienten sind leider ungeimpft, und das hat noch jeder von ihnen bereut. Jeder!

## Warum ist die Impfbereitschaft so niedrig?

Zum einen ist die Impfung sehr gehypt und dadurch irrsinnig aufgewertet worden, mit Aufklärungsbögen, Arztgespräch etc. Sie erscheint fast wie eine Gefahr: Da muss ich unterschreiben, da muss ich aufgeklärt werden, usw. Jahrzehntelang haben wir den Menschen Hunderttausende Impfungen gegeben, ohne etwas unterschreiben zu lassen. Dadurch wirkt die Impfung jetzt sehr



**Man darf einfach nicht aufgeben und muss kontinuierlich versuchen, Aktionen zu starten – ob sie nun gut oder schlecht angenommen werden.**

gefährlich, obwohl sie gar keine Hexerei ist. Die Technologie ist auch nicht besonders neu. Hinzu kommt, dass man die Auswirkungen nicht sieht. Wenn jemand nach Kinderlähmung sein Leben lang sichtbar hinkt, braucht es nicht lang, dass man nach einer Impfung schreit.

## Gibt es also ein Wahrnehmungsproblem?

Ja. Corona beginnt meist mit harmlosen Symptomen, sofort geht man in Quarantäne und verschwindet somit für all sein Umfeld. Das Leiden auf der Intensivstation und in den Spitälern wird auch nicht wahrgenommen, weil der Besuch und die Zugangsmöglichkeiten eingeschränkt sind, da man ja selbst ansteckend ist. Dadurch können die anderen Leute die Krankheit nicht fassen. Wir haben aber auch als Gesellschaft ein bisschen den Respekt vor Erkrankungen verloren, die uns

**Dr. med. univ. Peter Klar** führt eine Gemeinschaftspraxis, ist Intensivmediziner, Notarzt und Bürgermeister von Laab im Walde.

Auf den Seiten 62 ff lesen Sie das Porträt des Bürgermeisters Peter Klar.

schon zigmal versucht haben auszurollen, über die wir aber mit Impfungen triumphiert haben.

### Wie gelang es, die Impfrate in Ihrer Gemeinde auf 85 Prozent zu steigern?

Wir haben Aktionen gemacht, uns einfach zum Nahversorger gestellt und Impfungen angeboten. Ohne dass wir es großartig ausgeschrieben hätten, sind 50 Leute gekommen. So muss man sich voranhandeln. Und man sollte alle Vereinsobleute einbinden. Der Feuerwehrkommandant hat selber seine Leute durchgerufen und gefragt, wer eine Impfung braucht. Wichtig ist, dass es sich schnell herumspricht, denn der Mundpropaganda vertrauen wir eigentlich auch. Jeder Bürgermeister weiß, wie sein Ort tickt und welche Maßnahmen es braucht, um das Impfangebot möglichst weit nach unten zu bringen. Das kann ein großer Verein sein und bei anderen wird es die Feuerwehr sein. Ein Einheitsrezept gibt es nicht, aber man muss die Leute im Ort unterstützen, die bereit sind, bei Impfaktionen etwas zu machen.

### Wie kann man die Spaltung der Gesellschaft verlangsamen?

Ich glaube, dass die Spaltung der Gesellschaft schon viel früher begonnen hat. Weil wir vergessen haben, jene, die ihre Arbeitskraft der Gesellschaft zur Verfügung stellen, wertzuschätzen. Corona spitzt das noch einmal zu. Ich denke, dass man wieder zum Alltag zurückkehren muss. Wir müssen wieder ein bisschen weg von der Politik in Richtung normale Gesellschaft. Aber es gibt natürlich auch gewisse Prozenze der Bevölkerung, die kann man halt für nichts gewinnen, das ist in jeder Gemeinde so. Wenn jemand seinen Standpunkt fest einnimmt, wird man ihn kaum davon abbringen können. Man kann nur anbieten, das Gespräch offen zu lassen.

### Was raten Sie anderen Bürgermeistern?

Die Kollegen sind erfahren genug, um zu wissen, wie sie zu ihren Bürgern kommen und wie sie mit ihnen sprechen. Wichtig ist, dass man überhaupt Möglichkeiten hat, in Interaktion zu treten.

Das fehlt, glaube ich, vielen Kollegen. Die haben momentan (Anm.: Mitte Dezember im 4. Lockdown) nur die Gemeindezeitungen, und meist auch oft gar nicht die Information, wer geimpft ist und wer nicht. Die könnten es ja gar nicht ändern. Man darf einfach nicht aufgeben und muss kontinuierlich versuchen, Aktionen zu starten – ob sie nun gut oder schlecht angenommen werden. ●

## „GEMEINDE-IMPFWOCHE“ GUT ANGENOMMEN

# Bezirk Braunau will aufholen

Oberösterreich war in den letzten Wochen des Jahres 2021 besonders stark von Corona betroffen. Mit ein Grund dafür: die geringe Durchimpfungsrate.

Um diese zu erhöhen, wurde das **Impfangebot** großflächig erweitert. In einer „Gemeinde-Impfwoche“ Mitte Dezember gab es zusätzlich zu den bestehenden 22 öffentlichen Impfstandorten in über 100 Gemeinden mehr als 130 anmeldefreie Impfaktionen.

Österreichweiter Corona-Hotspot war der Bezirk Braunau, wo die Infektionszahlen ab Mitte Oktober dramatisch anstiegen. Als Erklärung, warum sich viele Bürgerinnen und Bürger nicht für eine Immunisierung erwärmen können, wird oft die Freiheitsliebe der Menschen genannt. „Der Innviertler ist ein Sturschädel“, meint Josef Leimer, Bürgermeister von Helpfau-Uttendorf und Sprecher der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Bezirks.

Auch die Stärke der FPÖ mag ein Grund für die mangelnde Impfbereitschaft sein. Leimer vermutet auch, dass eigentlich mehr Menschen geimpft sind als von der Statistik erfasst werden. Viele Pendlerinnen und Pendler hätten sich in Deutschland stechen lassen, ließen die Impfung aber nicht erfassen, weil die Hausärzte dafür Geld verlangen.

Eine Motivation, sich impfen zu lassen, sind Prämien, wie es sie in Mattighofen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Motorradherstellers KTM gibt. Auch die Gewinnaktion des ORF wird gut angenommen.

Manfred Emersberger, SPÖ-Bürgermeister in Moosdorf, lag nach einer Corona-Infektion auf der Intensivstation und unter-



**Josef Leimer, Bürgermeister von Helpfau-Uttendorf und Sprecher der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Bezirks Braunau.**

stützte die Impfaktion mit einem dramatischen Bericht, den er über seine Erkrankung veröffentlichte. „Hilflos dort zu liegen und nicht zu wissen, wie es weitergeht, ob es überhaupt weitergeht, das wünsche ich niemandem. Ganz egal, welche Meinung jeder einzelne und jede einzelne zum Thema Impfung für sich hat“, schrieb er auf Facebook.

### Weitere Aktionen sind geplant.

Josef Leimer ist vor allem froh, dass es gelungen ist, Ärztinnen und Ärzte, die bisher impfkritisch waren, vom Mitmachen zu überzeugen. Hoffnungen setzt man auch auf Informationsabende im Krankenhaus St. Josef Braunau, wo ein Arzt alle Fakten zum Impfen präsentieren wird und versucht, Falschinformationen richtigzustellen. Außerdem gibt es auch einen mobilen Impfdienst, der in Gemeinden und Firmen kommt. ●

## MYTHEN UND FAKTEN

# WAS WIRKT TATSÄCHLICH GEGEN COVID?

Ein Projekt der Donau-Universität Krems prüft Behauptungen zum Thema Corona auf ihre wissenschaftliche Haltbarkeit.

TEXT//ANDREAS HUSSAK

**D**iskussionen um die Bekämpfung des Coronavirus werden leider zunehmend emotional geführt. Oft ist dabei ein Überzeugen durch fundierte Argumente gar nicht mehr möglich. Doch auch in Gesprächen mit Menschen, die sich auf eine inhaltliche Debatte einlassen, kommt man meist zu dem Punkt, an dem das Gegenüber seine jeweilige Behauptung mit einer Studie untermauert, die seinen Standpunkt belegen soll.

**Dem kann man üblicherweise kaum etwas entgegensetzen**, denn erstens gibt es unzählige „Studien“ zu unzähligen Themen, die kein Mensch allein überblicken und kennen kann, weshalb die Chancen sehr hoch sind, dass der Diskussionspartner die vorgebrachte Studie nicht kennt und dementsprechend auch nichts entgegen kann. Zweitens ist es für Laien selbst beim nachträglichen Suchen und Lesen des Papers kaum festzustellen, ob die ins Treffen geführte Studie seriös ist und wissenschaftlichen Kriterien überhaupt standhält. Doch es gibt ein Fact-Checking-Projekt, das dieses Problem lösen kann.

**Die Webseite [medizin-transparent.at](http://medizin-transparent.at) überprüft medizinische Behauptungen** aus Werbung, Print- und Online-Medien sowie gängige Gesundheitsmythen auf ihre wissenschaftliche Haltbarkeit. Die Ergebnisse veröffentlicht sie in für Laien leicht verständlichen Beiträgen. Ein Großteil der Beiträge basiert auf Leser-Anfragen. Wenig überraschend gehören Fragen zum Thema Corona seit dem Ausbruch der Pandemie zu den meistgestellten Anfragen.

## GESUNDHEITSSCHÄDLICHE MYTHEN

METHODE	STAND DER WISSENSCHAFT
 <b>Wasserstoffperoxid gurgeln</b>	Nutzen von Wasserstoffperoxid fraglich, Gesundheitsschäden möglich
 <b>„Miracle Mineral Supplement“ MMS</b>	Kein Wundermittel
 <b>Kolloidales Silber</b>	Unseriöse Methode
 <b>Nikotin</b>	Angebliche Schutzwirkung ist Gerücht

## SCHUTZMASSNAHMEN

METHODE	STAND DER WISSENSCHAFT
 <b>Masken</b>	Hinweise auf Wirksamkeit
 <b>Masken</b>	Kein Problem mit CO <sub>2</sub> beim Atmen
 <b>Quarantäne</b>	Dürfte die Pandemie eindämmen
 <b>Reisebeschränkungen</b>	Hinweise auf Wirksamkeit
 <b>Handdesinfektion mit Natrium-Hypochlorit</b>	Kein Nachweis für ausreichende Wirksamkeit
 <b>Gurgeln mit keimtötenden Mundspülungen als Selbstschutz</b>	Belege fehlen
 <b>Mundspülung mit Hydroxylapatit als Selbstschutz</b>	Unbelegt

## DIAGNOSE

METHODE	STAND DER WISSENSCHAFT
 <b>Antigen-Schnelltests</b>	Oft verlässlich, aber weniger genau als PCR-Tests
 <b>Nasenbohrer-Schnelltests</b>	Deutlich ungenauer als PCR-Tests
 <b>Diagnose anhand von Symptomen</b>	Nicht möglich

**HAUSMITTEL UND NAHRUNGSERGÄNZUNG**

METHODE	STAND DER WISSENSCHAFT
 <b>Echinacea</b>	Aussagekräftige Forschung fehlt
 <b>Grüner Tee</b>	Aussagekräftige Forschung fehlt
 <b>Knoblauch</b>	Kein Hinweis auf Wirkung
 <b>Zistrose</b>	Angebliche Schutzwirkung nie untersucht
 <b>Vitamin B3</b>	Bisher keine Studienergebnisse
 <b>Vitamin C</b>	Kein Hinweis auf Wirksamkeit
 <b>Vitamin D</b>	Wirksamkeit noch zu wenig erforscht
 <b>Propolis</b>	Nicht erforscht
 <b>Ätherische Öle</b>	Nicht erforscht
 <b>Nasenspray mit Carrageen aus Rotalgen</b>	Kein Nachweis für vorbeugende Wirkung
 <b>Artemisia annua</b>	Pflanzenextrakt kaum erforscht
 <b>Zink</b>	Hinweise auf Wirkungslosigkeit
 <b>Homöopathie</b>	Es gibt keine Globuli gegen das Coronavirus

**IMPfung UND MEDIKAMENTE**

METHODE	STAND DER WISSENSCHAFT
 <b>Impfstoffe</b>	Nutzen nachgewiesenermaßen deutlich größer als Risiken
 <b>Cortison</b>	Nachgewiesenermaßen wirksam
 <b>Plasmatherapie</b>	Weitere Forschung nötig
 <b>Asthaspray Budesonid</b>	Schutz vor schwerem Verlauf noch unklar
 <b>Remdesivir</b>	Wahrscheinlich wirkungslos
 <b>Ivermectin</b>	Wahrscheinlich wirkungslos
 <b>Hydroxychloroquin</b>	Nachgewiesenermaßen wirkungslos



**MMag. Bernd Kerschner** leitet das Faktencheck-Projekt „medizin-transparent“ an der Donau-Universität Krems.

**Das Team von [medizin-transparent.at](http://medizin-transparent.at), bestehend aus Ärzten, Medizinern, Pharmazeuten und anderen Wissenschaftlern (ohne Interessenskonflikte), prüft sämtliche wissenschaftlichen Studien, die die jeweilige Fragestellung behandeln, unabhängig davon, wie die Ergebnisse dieser Studien ausfallen. Es beurteilt sie auf ihre wissenschaftliche Güte hin und bewertet die wissenschaftliche Beweislage der insgesamt vorliegenden Studiendaten nach objektiven Kriterien. Die Ergebnisse werden dann kostenlos und leicht verständlich auf der Webseite dargestellt.**

**„Medizin-transparent ist an der Donau-Universität Krems angesiedelt und kooperiert mit dem internationalen, unabhängigen Wissenschaftsnetzwerk Cochrane“, erklärt Projektleiter Bernd Kerschner. Sein Experten-Team erkennt, welche Studien tatsächlich evidenzbasiert sind, und stellt den aktuell belegbaren Forschungsstand nüchtern und neutral dar. Auf dieser Doppelseite ist eine kurze Auflistung des derzeitigen Stands der Wissenschaft zu verschiedenen Mitteln, Maßnahmen und Methoden bezüglich Covid-19 abgebildet (Stand Dezember 2021). Auf der Übersichtsseite [www.medizin-transparent.at/coronavirus-fakten](http://www.medizin-transparent.at/coronavirus-fakten) ist zu jedem einzelnen dieser Punkte ein weiterführender, erklärender Artikel verlinkt. „Um die Objektivität zu gewährleisten, werden sämtliche Angaben immer von einem weiteren wissenschaftlichen Redakteur sowie einem ausgebildeten Mediziner gegengeprüft“, bestätigt Kerschner.**

**Man kann und darf sich also darauf verlassen, dass die Informationen alle wissenschaftlich haltbaren Erkenntnisse – und nur diese – berücksichtigen. Behauptet nun jemand, dass beispielsweise Propolis laut einer Studie vorbeugend gegen Corona wirke, kann man davon ausgehen, dass diese Studie wissenschaftlich nicht valide ist und die Aussage in den Bereich der Mythen fällt – auch ohne dass man die Studie im Detail gelesen hat. Möge Ihnen diese Seite helfen, festgefahrene Situationen in einem konstruktiven Dialog aufzulösen und auf sachlicher Ebene weiterzudiskutieren. 🍌**

# Spekulation: Gemeinden in der Pflicht

Die Gemeinden müssen der Spekulation mit Grund und Boden, Freizeitwohnsitzen sowie Immobilien Einhalt gebieten, fordert LH Platter.

**Haiming** – Am Gemeindetag in Haiming blieb im Tiroler Gemeindeverband alles beim Alten. So wurde der seit 2009 amtierende Gemeindeverbandspräsident mit 99,4 Prozent von 175 Stimmen wiedergewählt. Im Präsidium ist nach wie vor keine Frau vertreten, ÖVP und SPÖ haben keine nominiert. Auch im Vorstand gibt es nur zwei Frauen.

Im Mittelpunkt standen in Haiming naturgemäß die finanziellen Herausforderungen, wird doch im Herbst ein neuer Finanzausgleich verhandelt – also die Aufteilung der Bundessteuern zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Zugleich rückte Landeshauptmann Günther Platter (VP) den Ausverkauf des Landes sowie die Spekulation mit Grund und Boden in den Vordergrund. Hier hätten es die

Gemeinden mit der Raum- und Bauordnung in der Hand, „die Spekulation“ zu verhindern. Sie müssten, so Platter, dafür die politische Verantwortung übernehmen.

Auf Nachfrage meinte Platter, dass es ihm um Immobilienprojekte gehe, die hauptsächlich als Anlegerwohnungen dienen würden, aber auch um Freizeitwohnsitze. „Die Gemeinden müssen sich diese Vorhaben ganz genau ansehen.“ Außerdem könnten sie Hotelprojekten mit mehr als 300 Betten einen Riegel vorschieben. „Wir brauchen keine Bettenburgen mehr.“ Ernst Schöpf pflichtete Platter bei und erklärte, dass es hier noch großen Verbesserungsbedarf in den Gemeinden gebe. (pn)

Mehr auf den Seiten 2, 4

# Kommunale

*So engagiert die Gemeinden für ihre Bürger werkeln, Innovation soll alles so bleiben, wie es ist. Auch im Tiroler Gemeindeverband*

Von Peter Nindler

**S**tändig jammern, aber zugleich 20 Millionen Euro aus der vom Bund bereitgestellten Gemeindemilliarde nicht abholen – wie geht denn so etwas? Außerdem passt es gar nicht ins Bild der von Pandemie und von finanziellen Herausforderungen in der Kinderbetreuung, Pflege oder der Krankenhausfinanzierung geplagten Tiroler Gemeinden. Sogar zweimal nicht, stehen die 277 Kommunen samt Verbindlichkeiten der Gemeindeverbände und Haftungen doch mit 2,13 Mrd. Euro in der Kreide. Trotz der vielerorts engagierten Politik zugunsten ihrer Bürger muss die Sonntagsmesse für die Bürgermeister und Gemeinderäte nicht gelesen werden. Das gilt genauso für den Gemeindeverband.

Die fast 100 Prozent für den wiedergewählten Präsidenten Ernst Schöpf können über erstarrte Strukturen nicht hinwegtäuschen. Bürgermeisterinnen in führenden Verbandsfunktionen sind mehr oder weniger Fehl-anzeige. Zu mehr fällt einem noch schmeichelhaft und zu weniger heillos untertrieben ein. Der Gemeindeverband ist und bleibt ein Männerverein. Nicht mehr und nicht weniger.

So werden vielfach die Defizite genauso übersehen bzw. nicht angesprochen, notwendige Entwicklungen wie die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zu zaghaft angegangen oder einfach kleingeredet. Der Kirchturm im Dorf ist identitätsstiftend, das Denken in Kirchtürmen hingegen ein Bremsklotz. Mit der Widmungs-, Bau- und Raumordnungspolitik verfügen die Gemeinden

Nummer 121 | Dienstag, 03. Mai 2022

artikel

## Trutzburgen

*Autonome Gestaltungskraft und Eigeninitiative sind nicht ihre Stärken. Vielfach überfordert als einer der letzten politischen Männerbastionen.*

zwar über autonome und mächtige Gestaltungsinstrumente, gleichzeitig nehmen der Wildwuchs an illegalen Freizeitwohnsitzen sowie die Spekulation mit Betongold, Investorenmodellen für Chaletdörfer und versteckten Bettenburgen die Dörfer in die Zange.

In den Gunstlagen erfolgt eine Zersiedelung, in den Gemeinden eine Entfremdung. Das Versagen in der Bodenpolitik wird lediglich von mangelnder Kontrolle bei vermuteten illegalen Freizeitwohnsitzen überboten. Am besten wegschauen lautet nach wie vor landauf, landab die Devise.

Der zukunftsweisende und politischen Respekt abringende Zusammenschluss der ehemaligen Wipptaler Gemeinden Matrei, Pfnos und Mühlbachl zu Matrei am Brenner wiederum war am Gemeindetag in Haiming nicht

einmal eine Randnotiz wert. Selbst Günther Platter (ÖVP), der zuletzt beinahe im Tagestakt zum Forderungs-Landeshauptmann avancierte, thematisierte diese wichtige Vorbildfunktion für andere Gemeinden nicht. Obwohl er damit vielen der anwesenden Bürgermeister ins Gewissen geredet hätte.

Weil es offenbar populärer ist, etwas von Bund und Land zu verlangen, als auf Eigeninitiative in der Kommunalpolitik zu drängen.

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 4

peter.nindler@tt.com



# Ernst Schöpf – wer sonst? Ein Solo für den Präsidenten

Nach den Gemeinderatswahlen blieb beim Gemeindetag in Haiming fast alles beim Alten. Finanzen sind zentrales Thema, die Landtagswahlen ebenfalls.

Von Peter Nindler

**Haiming** – Die 179 von 277 BürgermeisterInnen, die am Montag zum Gemeindetag nach Haiming gekommen waren, und zahlreiche ihrer Vorgänger hatten an diesem Vormittag einiges zu besprechen. Schließlich fielen die vergangenen zwei Gemeindetage pandemiebedingt ins Wasser. 41 Prozent der 277 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind nach den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen von Februar bzw. März erstmals dabei, wie der alte und neue Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf (VP) betonte.

Offiziell wurde viel übers Geld geredet, an den Tischen hingegen wurde über die bevorstehenden Landtagswahlen politisch getuschelt – und darüber, wie es danach weitergeht. Ein Teil der BürgermeisterInnen liebäugelt mit einem Wahltermin bereits im Herbst, andere wiederum sehen keinen Grund für vorgezogene Landtagswahlen. Auch nicht Ernst Schöpf. Er geht davon aus, dass planmäßig Anfang 2023 gewählt wird. Und was kommt nach der Wahl? Hier gibt sich Schöpf kryptisch. „Vom Charme her hat Schwarz-Grün nach zehn Jahren natürlich eingebüßt.“

Die Wahlen im Gemeindeverband selbst waren hingegen nur Formsache, wenngleich Schöpf nach den 99,4 Prozent „innerlich tobte“.



Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf (62) bleibt für weitere sechs Jahre das Sprachrohr der Tiroler Gemeinden. Er ist in dieser Funktion unumstritten.

Foto: Böhm



Mit Bürgermeister Thomas Öfner (SPÖ) rückt ein neuer Vizepräsident ins Präsidium auf. Franz Hauser und Christian Härting wurden wiedergewählt. Foto: Böhm



Applaus gab's auch von Minister Brunner (i.) – hier mit Platter. Foto: Böhm



„Seit den heurigen Wahlen haben wir 41 Prozent neue Gesichter auf den Bürgermeistersesseln.“

Ernst Schöpf/ÖVP  
(Gemeindevorstandspräsident)

Positiv, versteht sich. 174 der 175 abgegebenen Stimmen entfielen auf ihn, auf seine drei Vizepräsidenten Thomas Öfner (SPÖ/Zirl) sowie Christian Härting (Telfs) und Franz Hauser (Schwendau) 174 bzw. jeweils 175. Was auffällig ist: In der gesamten

Verbandsorganisation – Präsidium und Vorstand – sind nur zwei Bürgermeisterinnen vertreten.

In den Diskussionen wurden intensiv die Teuerung, die Pandemie, die Verhandlungen zum Finanzausgleich und die Folgen des Ukraine-Kriegs thematisiert. Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) geht von harten und fairen Verhandlungen über die Aufteilung der Bundessteuern zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aus. Noch nicht ganz ausgeschöpft haben die Tiroler Gemeinden ihren Anteil an der vom Bund zur Verfügung gestellten Gemeindevorstandsmilliarde. „20 Millionen wurden noch nicht abgeholt“, sagte Brunner. 240 Tiroler Gemeinden haben bisher Anträge gestellt.

Pflege- und Spitalsfinanzierung brennen Ernst Schöpf unter den Nägeln, ebenso die Sanierung der Landes-

straßen. Die fünfmal zehn Millionen Euro, die das Land dafür ausgeschüttet habe, würden nicht ausreichen. „In naher Zukunft liegt vor allem in den Bereichen Kinderbe-



„Verhindern müssen wir diverse Spekulationen in den Gemeinden, die hier Verantwortung übernehmen müssen.“

Günther Platter/ÖVP  
(Landeshauptmann)

treuung und Elementarpädagogik noch einiges an Arbeit vor uns.“ Und eines machte Schöpf ebenfalls deutlich: Die Bewertung für die Grundsteu-

ern müsste endlich angepasst werden und „die Grundsteuer muss ausschließlich bei den Gemeinden bleiben“.

Landeshauptmann Günther Platter (VP) sieht indes Bund, Länder und Gemeinden gefordert, um die Teuerung abzufedern. Einmal mehr sprach er die kalte Progression an, die angesichts der Rekordinflation von 7,2 Prozent abgeschafft werden müsse. „Es gab schon oft Ankündigungen dazu, aber jetzt muss es endlich angepackt werden.“ Für Minister Brunner ist hier die Einbindung der Sozialpartner wichtig.

Die Gemeinden entlässt Günther Platter ebenfalls nicht aus ihrer Verpflichtung: Sie müssten alles unternehmen, um die Spekulation zu verhindern – und dass leistbares Wohnen ermöglicht werde, aber nicht diverse Spekulationen mit Grund und Boden.

# Strompreisschock macht Politik Beine

60-prozentige Erhöhung des Strom-Arbeitspreises in Kufstein. Grüner Ruf nach mehr Eigenversorgung.

**Kufstein** – Das Schreiben der Stadtwerke Kufstein war ein Schlag für viele Kufsteiner: Der Arbeitspreis pro Kilowattstunde Strom wird um 60 Prozent steigen, beim Tarif Fair Plus Privat zum Beispiel von 10,08 Cent auf 16,20 Cent. Neukunden müssen sogar 18 Cent hinblättern. Hinzu kommen noch Netzkosten und Abgaben. Und es wird nicht die letzte Erhöhung bleiben. Laut Stadtwerkedirektor Wolfgang Gschwentner könnte Anfang 2023 der Arbeitspreis einen weiteren Sprung auf bis zu 21 Cent machen, falls sich die Situation an der Energiebörse nicht gravierend ändert. Dort müssen die Kufsteiner knapp 90 Prozent der jährlichen 110 Gigawattstunden einkaufen.

Und dort spielt sich eine gewaltige Preisrallye ab. Corona und Ukrainekrieg lassen grüßen.

Auf alle Fälle müssen die Stadtwerke für die Geschäftsjahre 2021/22 und 2022/2023 knapp 3,5 Millionen Euro an Verlusten aus dem Strombereich hinnehmen und diese ausgleichen. Trotz der Preiserhöhungen. Derartige Summen seien auf Dauer nicht verkraftbar. Der Chef der städtischen Gesellschaft erinnert an den 150-Euro-Gutschein des Bundes, mit dem sich die Erhöhung in Maßen halte.

Ein Problem ist auf alle Fälle die niedrige Eigenversorgungsrate der Kufsteiner. Daher startet die städtische Gesellschaft mit der Leader-

region KUUSK (Kufstein und Umgebung) auch ein Photovoltaik-Projekt, bei dem Interessierte ein Kraftwerk am Dach aus einer Hand bekommen.

Angesichts der geopolitischen Krisensituation ist für die Grünen die Preiserhöhung nachvollziehbar. Andererseits stünden die Zeichen aber auf Alarmbereitschaft, wie Vizebürgermeister Stefan Graf anmerkt. „Die Abhängigkeit vom globalen Energiemarkt macht uns anfällig für Preissteigerungen – insbesondere aufgrund der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl, welches auch den Strompreis bedingt“, so Graf. Der Ausbau der Eigen-Energieerzeugung könne hier ein wirksamer Schritt sein, um die Abhängigkeit zu verringern und für die Bevölkerung sauberen und klimaneutralen Strom zu erzeugen, wie es in einer Aussendung der Grünen heißt. Aus diesem Grund laden Graf und Umweltreferent Thimo Fiesel zum runden Tisch ein. „Wir brauchen alle relevanten Köpfe der Stadt, der Stadtwerke und des Regionalmanagements, um die Kräfte zu bündeln und die richtigen Schritte in Richtung Ausbau eigener Energiequellen einzuleiten.“ Dabei geht es nicht nur um Photovoltaik und Biomasse, sondern auch um Wasserkraft. (wo)



Auf die Haushalte warten teure Zeiten: Die Strompreise steigen weiter. In Kufstein gibt es Rufe nach mehr Eigenversorgung.

Foto: Keystone

# WWF rechnet mit Rudelbildung

Der Vormarsch der Wölfe in Österreich ist Realität, die Naturschutzorganisation WWF pocht auf den Ausbau des Herdenschutzes. In Weerberg gibt es einen Wolfsverdacht.

Von Nikolaus Paumgarten

**Innsbruck** – Der Wolf als wichtiger Teil der Natur und gleichzeitig Helfer von Förster und Jäger. Für die Naturschutzorganisation WWF ist klar, dass der Wolf seinen Platz auch in Österreich hat. Weil er krankes und schwaches Wild erbeutet, wirke er als natürlicher Regulator des Gleichgewichts in der Natur. Verbissschäden im Wald würden reduziert und die Verbreitung von Krankheiten und Seuchen beim Schalenwild eingedämmt. Dass dabei auch Konflikte mit den Interessen der Menschen vorprogrammiert sind, liege auf der Hand. Allerdings sei man hierzulande säumig, was die Entwicklung und Umsetzung geeigneter Strategien im Umgang mit der Rückkehr des Wolfes betrifft, erklärten gestern WWF-Fachleute im Rahmen einer Online-Pressekonferenz.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und Regionen wie etwa der Schweiz oder dem Trentino werde in Österreich nämlich noch viel zu wenig für den Schutz der Nutztierherden unternommen. Maßnahmen wie Herdenschutzzäune, Behirtung oder der Einsatz von Herdenschutzhunden müssten massiv ausgebaut werden, fordert der WWF. Denn wie ein Blick auf die Statistik zeigt: Der Wolf ist in Österreich auf dem Vormarsch. Zählte man in den Jahren 2009 bis 2016 bundesweit im Schnitt stets rund um die fünf, maximal sechs Wolfsindividuen, steigen seit 2017 die Wolfsnachweise von Jahr zu Jahr stetig an. So sind für das Vorjahr



Im vergangenen Jahr wurden in Österreich 36 Wolfsindividuen gezählt – Tendenz steigend.

Foto: Ralph Frank

in Österreich bereits 36 Wölfe dokumentiert. Zum Vergleich: In der Schweiz gibt es derzeit rund 150 Individuen und 16 Rudel, in Südtirol und Trentino sind es ebenso viele Tiere und 22 Rudel. Dass es in Österreich erst drei Rudel gibt – nämlich in Allentsteig (NÖ), Gutenbrunn (NÖ) und Böhmerwald (OÖ) –, werde sich vermutlich schon sehr bald ändern. „Eine weitere Rudelbildung im Westen und Süden ist nur noch eine Frage der Zeit. Leider verschläft die Politik diese Entwicklung seit Jahren“, sagt WWF-Biologe Christian Pichler.

Dass in Tirol der Herdenschutz im Rahmen von Pilotprojekten und Förderprogrammen bereits Fahrt aufgenommen hat, hebt der WWF lobend hervor. Im Vergleich dazu würden andere Bundesländer wie etwa Kärnten deutlich hinten liegen. Dass professioneller Herdenschutz funktioniere, zeige sich in Ansätzen bereits in Tirol, sehr deutlich aber in der Schweiz. Dort setzt man seit mittlerweile über 20 Jahren auf ein professionelles Wolfsmanagement, bei dem Abschlüsse zwar Bestandteil des Konzepts, aber nicht ers-

tes Mittel der Wahl sind, wie Daniel Mettler von der landwirtschaftlichen Beratungsstelle AGRIDE in der Schweiz erklärt. „Insbesondere Behirtung und Schutzhunde halten im alpinen Raum effektiv Wölfe ab. Zugleich ermöglicht eine konsequente Herdenführung ein besseres Weidemanagement und vermindert andere Todesursachen wie Stein- und Blitzschlag oder Krankheiten“, so Mettler. Der WWF fordert daher, sich hier die Schweiz zum Vorbild zu nehmen. Ohne Herdenschutz werde es nicht gehen.

Eine aktuelle Rissmel-

dung gibt es unterdessen aus Weerberg. Am Mittwoch wurde dort der Behörde ein totes Schaf auf einer Heimweide gemeldet. Nach der amtstierärztlichen Begutachtung besteht der Verdacht auf einen Wolf als Verursacher. Die Proben wurden laut Aussendung des Landes nach Wien zur genetischen Untersuchung geschickt. Das Land empfiehlt allen Schaf- und Ziegenhaltern aufgrund der allgemeinen Präsenz von Großraubtieren dringend, ihre Tiere auf den Heimweiden mit einem wolfsabweisenden Elektrozaun zu schützen.

# „Weil das Klatschen nicht reicht“

Gesundheitsminister Rauch präsentierte mit den Klubchefs der Regierung die lange erwartete Pflegereform. Mehr Geld für Angestellte, Bonus für die Pflege-Ausbildung.

Von Michael Sprenger

Wien – Die Koalition zeigt sich erleichtert. Sie konnte am Donnerstag die Eckpunkte der Pflegereform vorlegen. Darauf wurde schon lange gewartet. Nach den Vorarbeiten der grünen Minister Rudolf Anschober und Wolfgang Mückstein drückte nun Gesundheits- und Sozialminister Johannes Rauch aufs Tempo. Das sagte er dann auch selbst: „Die Geschwindigkeit bei der Einigung trägt meine Handschrift.“



„Unser Motto war 'Jetzt rasch' – weil mit Recht eingefordert wurde, rasch ins Tun zu kommen.“

Johannes Rauch  
(Gesundheitsminister)

Rauch konnte also am Donnerstag gemeinsam mit ÖVP-Klubobmann August Wöginger und seiner Parteifreundin, der grünen Klubobfrau Sigrid Maurer, ein Maßnahmenpaket vorlegen. Pünktlich zum „Tag der Pflege“. Das Paket wiegt eine Milliarde Euro.

Die Reform kommt jetzt in die Begutachtung, und alle Punkte, die zu Mehrkosten führen, sind vorerst für zwei Jahre befristet. Und zwar deshalb, weil es zur langfristigen Finanzierung eine Einigung mit den Bundesländern benötigt. Doch man wollte nicht so lange warten. Der Bund geht in Vorleistung. Rauch machte klar, dass er rasch



Der Pflegeberuf soll besser bezahlt und Anreize für die Ausbildung geschaffen werden.

Foto: Johannir

handeln wollte: „Das Motto war 'Jetzt rasch' – weil mit Recht eingefordert wurde, rasch ins Tun zu kommen.“

Sigrid Maurer hob hervor, dass die Pflegerinnen und Pfleger während der Pandemie als Helden gefeiert wurden. Doch der Regierung war klar: „Klatschen alleine reicht nicht.“ Und ihr Gegenüber, ÖVP-Klubchef August Wöginger, bewertete sodann die Eckpunkte der Reform: „Ja, das ist eindeutig ein großer Wurf.“ Was plant also die Regierung?

Gut die Hälfte des Eine-

Milliarde-Pakets geht auf für Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten. Ungerechnet aufs Jahr soll jeder eine Lohn-erhöhung im Umfang von einem Monatsgehalt bekommen.

Als weitere Verbesserung für Beschäftigte ist geplant, dass generell ab dem 43. Geburtstag zum Urlaub eine sogenannte „Entlastungswoche“ gewährt wird.

Erweitert werden die Kompetenzen von Pflege- und Pflegefachassistenten: Sie dürfen künftig beispielsweise Infusionen anschließen und

Spritzen geben.

Anreize sollen auch in der Ausbildung gesetzt werden. Laut Berechnungen wird bis zum Jahr 2030 in der Pflege ein Mehrbedarf von rund 100.000 Kräften erwartet. Man will für künftige Pflegerinnen und Pfleger werben. Neu-Einsteiger in den Pflegeberuf sollen während der Ausbildung künftig einen Zuschuss von 600 Euro im Monat erhalten. Umsteiger bzw. Wiedereinsteiger werden (während einer vom AMS geförderten Ausbildung) ein Pflegegeld von min-

destens 1400 Euro im Monat bekommen.

Als Modellversuch wird außerdem eine Pflegelehre eingeführt: Diese soll ab dem Schuljahr 2023/24 starten und nach sieben Jahren evaluiert werden, sagte Wöginger.

Auch die pflegenden Angehörigen werden berücksichtigt. Für sie wird ein Angehörigen-Bonus von 1500 Euro jährlich geschaffen – und zwar für jene Familienmitglieder, die den größten Teil der Pflege zu Hause leisten. Darüber hinaus wird der Rechtsanspruch auf Pflegekarenz für Angehörige von Pflegebedürftigen von einem auf drei Monate ausgeweitet.

Eine Erleichterung soll es für Pflegekräfte aus dem Ausland geben: Ausgebildete Fachkräfte werden die Arbeiterlaubnis (Rot-Weiß-Rot-Card) künftig einfacher erhalten. So fällt künftig etwa die Sprachüberprüfung weg.

Beim Pflegegeld wird es für Menschen mit schweren psychischen Behinderungen und für Demenzerkrankte eine Verbesserung geben. Der Wert des Erschwerniszuschlags wird von 25 auf 45 Stunden pro Monat erhöht, womit 20 Stunden zusätzlich pro Monat für die Pflege und Betreuung zur Verfügung stehen. Die erhöhte Familienbeihilfe wird nicht mehr auf das Pflegegeld angerechnet.

Verbesserungen sind auch bei der 24-Stunden-Betreuung geplant, konkret im Bereich der unselbstständig Beschäftigten. Hier werden die Details noch mit den Sozialpartnern ausgearbeitet. Das Modell der selbstständigen 24-Stunden-Betreuer soll davon unberührt bleiben und weiter möglich sein.



Österreichweit, so wie hier auch in Innsbruck, gingen Gewerkschaften und Pflegekräfte gestern auf die Straße.

Foto: Bohm

## Ein „Reformknochen“, der erst zu prüfen ist

Gut 2000 Menschen gingen gestern in Innsbruck für die Pflege auf die Straße. Auf Gesundheitslandesrätin Leja war man nicht gut zu sprechen.

Innsbruck – Gelbwesten, Rotwesten, Gugga-Musik, „Pflege-Rap“, Trillerpfeifen und dazwischen Botschaften („Alarmstufe Rot in der Pflege“), die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Und auch keiner wei-

teren Erklärung bedurften. Rund 2000 gewerkschaftlich organisierte Demonstranten zogen gestern in Innsbruck vom Hauptbahnhof zur Klinik und von da weiter zum Landhausplatz. Sogar aus Salzburg und Vorarlberg waren vom aktiven Pfleger bis hin zur Pflegeschülerin viele angereist, denen die Zukunft ihres Berufs am Herzen liegt.

Zynismus lag in den Abschlussreden unterhalb der Bürofenster von Gesundheitslandesrätin Annette Leja (VP) in der Luft. Zunächst gegenüber Wien und der nur wenige Stunden zuvor verkündeten Reform (siehe oben): Weder der „Heilige Geist“ habe die Regierenden wohl über Nacht erleuchtet, noch glaube man an Zufälle, hieß es. Vielmehr fühle man

sich nun, als ob man von Wien aus „einen Knochen vorgeworfen“ bekommen habe, wie AK-Präsident Erwin Zangerl sagte. Einen, den man nun erst via Sozialpartnerschaft zu prüfen habe, ob auch genügend Fleisch daran sei. Immerhin: Ein Anfang sei gemacht, so Zangerl. Dem pflichtete GÖD-Gewerkschafter Gerhard Seier bei. Ein erster Schritt, dem jedoch weitere folgen müssten.

Auf das, was Leja noch an Reformschritten versprochen hat, wartet man. Man lasse sich aber nicht vorwerfen, „politisches Kleingeld“ aus der Pflege-Debatte zu schlagen, warnte Zangerl. Und auch ÖGB-Landeschef Philip Wohlgenuth mahnte Leja, ja kein „Verantwortungs-Pingpong“ zu spielen. (spp)

## „Schnell in Tirol umsetzen“

Innsbruck – Dass Landeshauptmann Günther Platter und Gesundheitslandesrätin Annette Leja (VP) gestern unisono das Pflegepaket des Bundes über den grünen Klee lobten, war nicht weiter verwunderlich, weil erwartbar. Platter versicherte, dass Tirol alles daran setzen werde, die vorge-

stellten Maßnahmen auch auf Landesebene umzusetzen. Tirol werde seine Verantwortung auch „hinsichtlich der anteilig anfallenden Kosten selbstverständlich übernehmen“, so Platter. Gleichzeitig, so Leja, werde man aber auch auf Landesebene in einem Monat ein weiterführendes Pflegepa-

ket präsentieren.

Während Innsbrucks VP-Vize-BM Johannes Anzengruber die Landeshauptstadt als Pilotregion für die Pflege-Lehre in Stellung bringt, freut sich Grünen-Klubobmann Gebi Mair über die finanzielle Gleichstellung der Pflege- mit der Polizeiausbildung. (mami)

TT, 12.05.2022



Wütet ein Wolf im Siedlungsraum und wird er als Problemtier eingestuft, soll unverzüglich eine Entnahmeverordnung erlassen werden.

Symbolfoto: dpa

## Rascher Abschussbescheid bei Wölfen in Siedlungsgebieten

Die Tiroler Landesregierung will das Prozedere im Umgang mit Beutegreifern beschleunigen. Das Fachkuratorium soll künftig sofort tätig werden können.

Von Benedikt Mair

**Innsbruck** – Jetzt soll alles ganz schnell gehen. Im Umgang mit auffällig werdenden Beutegreifern will Tirols Landesregierung einen Gang höher schalten und Hürden auf dem Weg zu Entscheidungen abbauen. Der schwarz-grüne Plan sieht vor, dass für Wölfe, die sich in Siedlungsgebieten aufhalten und als Problemtiere eingestuft werden, sofort ein Abschussbescheid erlassen werden kann. Zudem sollen für das im Vorjahr eingesetzte Fachkuratorium bisherige Fristen fallen. Das bedeutet, dass die Experten

sofort nach einem Nachweis über das weitere Vorgehen beraten dürfen. Bisher mussten sie zumindest drei Tage warten.

„Wir wollen die Dinge beschleunigen“, sagt der zuständige Landesrat Josef Geisler (ÖVP). „Damit wir relativ schnell zur Tat schreiten könnten.“ Besonders wenn Wolf, Bär und Co. durch Ortschaften streifen und dort Schäden anrichten, höre sich der Spaß nämlich auf. Viele Menschen hätten Angst, meint Geisler. „Und diese Sorgen nehmen wir ernst.“ Für den Fall, dass ein Raubtier im Siedlungsraum wütet und von

den Fachleuten der Abschuss empfohlen wird, „kann sofort eine Verordnung und ein Bescheid erlassen werden.“

Anlass für die Geschwindigkeits-Offensive des Landes waren auch Geschehnisse im Osttiroler Anras, sagt Grünen-Klubobmann Gebi Mair. Ein Wolf hatte dort unlängst mitten im Ort eine Schafherde angegriffen, daraufhin meldeten sich viele verängstigte Bürger bei den Behörden. „Auf diese Bedenken gehen wir jetzt ein.“ Das Kuratorium kann in Zukunft sofort tätig werden. „Wenn es denn will, denn unabhängig bleibt es weiterhin“, betont er. „Hürden auf dem

Weg zur Entnahme eines Tiers gibt es dann zwar immer noch viele, aufseiten des Landes soll es aber zeitlich zu keinen Verzögerungen mehr kommen.“

In Kraft getreten sind die Maßnahmen noch nicht, dazu müssen erst Gesetze und Verordnungen geändert werden. „Die zuständigen Stellen prüfen das gerade“, sagt Josef Geisler. Der ÖVP-Landesrat denkt aber schon einen Schritt weiter. „Wenn sich das mit dem schnellen Abschussbescheid bei Problemwölfen und -bären bewährt, könnte es auch auf auffällig gewordene Tiere in Almgewässern ausgedehnt werden.“



„Achtung Baustelle“: Der Gesetzesentwurf zur Leerstandsabgabe in Tirol wurde nach dem Begutachtungsverfahren jetzt nachgebessert. Symbolfoto: imago

# „Wohndruck“ verpflichtet zu doppelter Abgabe

Gemeinden stehen jetzt in der Pflicht, Leerstandsabgabe einzuheben. Statt fixer nun variable Sätze. 100-Prozent-Aufschlag in „Vorbehaltsgemeinden“.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Diese Änderung kam mit Ansage von ganz oben. Und nach massiver Kritik an der ursprünglichen Gesetzesnovelle. In einer vor-mittäglichen Sitzung haben sich gestern die Verhandlungsteams von VP und Grünen in Sachen Leerstandsabgabe auf eine Verschärfung des Begutachtungsentwurfs geeinigt. Wie berichtet, hatte LH Günther Platter im Kampf für mehr leistbaren Wohnraum angekündigt, an den Abgabenhöhen noch ordentlichen drehen zu wollen.

Dass das Recht zur Einhebung einer Leerstandsabgabe nunmehr in eine Pflicht umgewandelt wird, war bereits vor Wochen klar, als Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf via TT selbige als ausdrücklichen Wunsch der Kommunen vom Land eingefordert hatte. Das bedeutete nun aber auch das Aus für

die geplanten Fixsätze (siehe Faktbox) und den Umstieg auf variable Abgabenhöhen. Denn durch die Einhebungspflicht muss den Gemeinden zumindest erlaubt werden, regional unterschiedliche Höhen festzusetzen. Damit kann die Leerstandsabgabe de facto aber auch billiger als geplant ausfallen. Hätte zunächst eine 100-m<sup>2</sup>-Wohnung im Jahr 996 € gekostet, haben die Gemeinden nunmehr einen Spielraum

zwischen 540 und 1200 Euro. Außer die Gemeinde ist vom Land als „Vorbehaltsgemeinde“ laut Grundverkehrsgesetz ausgewiesen. Also als eine Gemeinde, in der „hoher Wohnungsdruck“ nachgewiesen ist. Ein Verordnungsentwurf der Landesregierung sieht hier 148 Gemeinden vor – ein Beschluss ist jedoch noch ausständig. Derart klassifizierte Gemeinden „müssen“ ihren jeweils festzulegenden Leerstandsabga-

bensatz verdoppeln. Somit könnte eine leere 100-m<sup>2</sup>-Wohnung bspw. in Innsbruck zwischen 1080 und 2400 € pro Jahr kosten.

Adaptiert wird auch die Melderegulation zum Leerstand. Künftig soll es aus verwaltungswirtschaftlichen Gründen lediglich zu einer „Selbstbemessung“ kommen. Zugleich wird auch die im selben Gesetz geregelte Freizeitwohnsitzabgabenhöhe um einen zweistelligen Prozentsatz valorisiert.

Der zuständige Landesrat Johannes Tratter (VP) bestätigte gestern die Adaptierungen und bezeichnete sie als „mutigen Schritt“. „Mit der neuen Regelung nimmt Tirol eine Vorreiterrolle ein.“ Grünen-Wohnsprecher Michael Mingler ortet keine verfassungsrechtlichen Probleme.

Die Leerstandsabgabe soll im Juli-Landtag beschlossen werden und mit 1. Jänner 2023 in Kraft treten.

## Leerstandsabgabe: Alt vs. neu

**Alter Entwurf laut Begutachtung:** Monatlich sind zu zahlen: bis 30 m<sup>2</sup>: 20 €/Monat; ab 30 bis 60 m<sup>2</sup>: 40 €; ab 60 bis 90 m<sup>2</sup>: 58 €; ab 90 bis 150 m<sup>2</sup>: 83 €; ab 150 bis 200 m<sup>2</sup>: 117 €; ab 200 bis 250 m<sup>2</sup>: 150 €; mehr als 250 m<sup>2</sup>: 183 €.

**Neuer Entwurf vor Beschlussfassung:** Monatlich sind zu zahlen: bis

30 m<sup>2</sup>: mind. 10, höchstens 25 €/Monat; ab 30 bis 60 m<sup>2</sup>: 20-50 €; ab 60 bis 90 m<sup>2</sup>: 30-70 €; ab 90 bis 150 m<sup>2</sup>: 45-100 €; ab 150 bis 200 m<sup>2</sup>: 60-135 €; ab 200 bis 250 m<sup>2</sup>: 75-175 €; mehr als 250 m<sup>2</sup>: 90-215 €. Hinzu kommt, dass alle jene Gemeinden, die vom Land als „Vorbehaltsgemeinden“ ausgewiesen sind, ihre Abgabensätze verdoppeln müssen.

**N**ein Jahre sind vergangen, seit halb Kössen in den Fluten der Großache unterging und schwere Schäden auch in anderen Gemeinden entstanden (siehe auch Artikel unten). Ungewöhnlich rasch fuhren dann die Bagger auf und im Mai 2017 wurde die Vollendung des Hochwasserschutzes im Ort gefeiert.

Der Haken: Der Schutz reicht „nur“ für ein 100-jährliches Hochwasser und im Hintergrund schwebt der Klimawandel mit womöglich häufigerem Starkregen. Jahrelang wurde daher über 250 Hektar umfassende Retentionsräume im Hagertal oberhalb von Kössen debattiert. Dort sollte im Ernstfall Wasser „geparkt“ werden.

#### Großprojekt Hagertal nach Endlosdebatte versickert

Das Großprojekt und die Koordination mit 35 Grundeigentümern der Groß-

## Großache noch nicht gebändigt

Flut-Pläne umgeworfen und Kössener fürchten: „Es vergehen wieder Jahre“

achen-Genossenschaft kam aber nie recht voran. „Die Millionenhilfe für Kössen hat nichts genützt, wenn wir erneut absaufen. Wenn es länger regnet, gehen die Leute nachts zur Ache und schauen besorgt nach dem Pegel“, warnte die Bürgerinitiative Hochwasserschutz schon 2015. Da waren die Leute gerade in ihre renovierten Häuser eingezogen.

Spannung daher vor dem gestrigen Pressetermin der Großachen-Genossenschaft: Der neue Obmann Adam Aigner und Geschäftsführer

Thomas Kirchmaier wollten erstmals über Zukunftspläne sprechen und überraschten mit einer Kehrtwende: „Am vergangenen Freitag präsentierte uns das Land sieben Möglichkeiten für den Hochwasserschutz an der Großache, eine Variante wird klar favorisiert.“

#### Neustart: Nun Projekte in mehreren Orten geplant

Auf „Krone-Anfrage“ bestätigte dies Lukas Kraßnitzer von der Abteilung Wasserwirtschaft des Landes. Konkret geplant seien nun

künstliche Überflutungsflächen in Oberndorf, St. Johann (Fieberbrunner Ache) und in Kirchdorf. Im Hagertal nur am Taleingang (nahe des Klärwerks Kirchdorf). „Lineare Maßnahmen, das heißt Dämme und Mauern, ergänzen diese Retentionsräume“, präzisiert Kraßnitzer. Nun werde die Bestvariante „vertieft“ – im Klartext: Es kann Jahre dauern.

Das befürchtet angesichts der Änderung auch die Bürgerinitiative: „Noch im Oktober war von den neuen Plänen keine Rede“, sagen Johann Humberger und Karl Sternberger beim Lokalausgesehen an der Ache.

Die beiden Kössener orten zwar ein gewisses Sicherheitsgefühl bei den ehemaligen Flutopfern – „doch die 1,6 Millionen Kubikmeter, die 2013 aus dem Flussbett traten, hätten auch heute dort nicht Platz, die Zeit drängt daher“, Andreas Moser



Foto: Moser/Andreas

Kirchmaier (li.) und Aigner führen die Großachen-Genossenschaft (Bild oben). Sternberger (li.) und Humberger fürchten weitere Verzögerungen (Bild rechts).



Foto: Moser/Andreas

#### 450 GEBÄUDE BETROFFEN

#### Rückblick: Der Untergang von Kössen schockte im Juni 2013 das ganze Land

14 Stunden lang stieg der Pegel der Großache Anfang Juni 2013 unaufhörlich an. Bis die Fluten rund 450 Gebäude und rund 160 Hektar landwirtschaftliche Flächen trafen. Vor allem in Kössen (Ortsteil Erlau), aber auch in Erpfendorf oder Weidring. Auf rund 100 Millionen Euro bezifferten die Experten

später die Schäden. Wie viele flüchtete auch der heutige Bürgermeister Reinhold Flörl – mit dem Auto samt Kindern durch eine Unterführung, wo schon das Wasser stand. Im Ort wurden die Dämme danach um 1,5 Meter angehoben und insgesamt 17 Millionen Euro in den Schutz investiert.



Foto: ZOOM/THRO

## Neue Ziele in der Region

**Kufstein** – Bei der Generalversammlung des Regionalmanagements KUUSK gab es einen Wechsel an der Spitze: Der Ebbser Bürgermeister Josef Ritzer, bisheriger Obmann-Stv., wechselte mit dem Kufsteiner Bürgermeister Martin Krumschnabel, dem bisherigen Obmann, die Positionen. Zuvor meinte Krumschnabel in einer Bilanz: „Dass die Gründung des Vereins solch positive Impulse für die Region liefert, war 2014 noch nicht absehbar.“ Doch seit 2015 konnten über 80 Vorhaben mit einem Projektvolumen von rund 8,4 Millionen Euro gestartet werden. Schwerpunkte in der eingereichten Entwicklungsstrategie, mit der sich die Region um neue Fördergelder aus EU, Bund und Land bewirbt, sind Umwelt und nachhaltiges Wirtschaften. (TT)

## Risse durch Wolf und Schakal

**Neustift, Matrei i.O., Sillian** – Bei zwei am Montag und am Dienstag als Rissverdachtsfälle gemeldeten Schafen im Gemeindegebiet von Neustift im Stubaital besteht nach der amtstierärztlichen Begutachtung nun jeweils konkreter Wolfsverdacht.

Die gerissenen Schafe wurden auf Heimweiden gehalten und waren nicht durch einen Herdenschutzzaun geschützt. Zudem liegt der Behörde eine Meldung über eine mögliche Wolfssichtung aus diesem Gebiet vor.

Zusätzlich wurden der Behörde Fotos und ein Video einer Wildkamera aus dem Gemeindegebiet von Matrei in Osttirol übermittelt, die vermutlich einen Wolf zeigen. Schäden wurden der Behörde aus diesem Gebiet keine gemeldet.

Ebenso aus Osttirol wird ein Riss durch ein selteneres Wildtier gemeldet. Bei der genetischen Untersuchung von Proben eines Anfang Mai tot aufgefundenen Rehs in Sillian wurde nämlich die DNA eines Goldschakals nachgewiesen.

Allen Schaf- und Ziegenhaltern wird aufgrund der allgemeinen Präsenz von Großraubtieren und den jüngsten Ereignissen dringend empfohlen, ihre Tiere auf den Heimweiden mit einem wolfabweisenden Elektrozaun zu schützen.

Die Landesregierung kündigte erst vor Tagen an, das Prozedere im Umgang mit auffälligen Beutegreifern beschleunigen zu wollen. Für Wölfe, die sich in Siedlungsgebieten aufhalten und als Problemtiere eingestuft werden, soll sofort ein Abschussbescheid erlassen werden können. (fell)

# Mit Frauenpower gegen Wolfsangriffe

Nach einem ersten Sommer, der auch mit Kritik endete, starten die Herdenschutzprojekte mit drei Hirtinnen in die zweite Saison.

Von Matthias Reichle

**Pfunds, Ladis, St. Anton** – Während nach mehreren Rissen und Wolfssichtungen der Ruf vieler Bauern nach einer Abschussmöglichkeit für Beutegreifer immer lauter wird, sind die Tiroler Herdenschutzprojekte heuer ganz leise gestartet.

Die Versuchsalmen mussten nach der ersten Saison mit geführter Weideführung zum Teil viel Kritik einstecken – vor allem am Spisser Schafberg. Vergangenen Samstag wurden dort die ersten 230 Tiere aufgetrieben – „der Rest kommt später nach“, bestätigt Robert Hueber, der für die Organisation verantwortlich ist. Insgesamt werden dort 750 Schafe den Sommer lang behirtet – ungefähr so viele wie im letzten Jahr.

Das Land fördert heuer insgesamt vier Herdenschutz-Pilotprojekte. Weitergeführt wird neben jenem am Spisser Schafberg auch das am Lader Heuberg, wo diesen Samstag rund 500 Tiere aufgetrieben werden. Das Projekt in Nauders ist hingegen nicht mehr zustande gekommen, heißt es seitens des Landes – man dürfte mit der Umsetzung bzw. der Umsetzbarkeit nicht zufrieden gewesen sein.

Neu dazugekommen ist dafür die Verwallalm in St. Anton, wo es im vergangenen Jahr 19 Risse gegeben hat – 25 Tiere blieben verschwunden. Dort startet man am 4. Juni. Außerdem gibt es ein zusätzliches Kleinprojekt in Osttirol auf der Lavantalm mit einem Hirten und rund 100 Schafen. Während bei den anderen



Rund 800 Schafe wurden im vergangenen Jahr mit Hirten und Hirtenhunden auf den Spisser Schafalmen bewacht. Risse gab es keine, trotzdem wurde das Projekt im Herbst kritisiert.

Foto: Wille

Projekten die Zahl der Tiere konstant bleibt bzw. nur leicht zurückgegangen ist, kämpft man derzeit im Verwall mit den Anmeldungen. „In den letzten Jahren hatten wir 680 bis 700 Tiere“, sagt der Almverantwortliche Alfons Falch. Heuer sind es bisher erst 14 Bauern mit rund 400 Schafen und Ziegen. „Das ist brutal zack.“ Falch glaubt, dass neben den Rissen, die im vergangenen Jahr für viel Aufregung gesorgt haben, auch die aufwändige Vorbereitung so manchen Bauern abschreckt hat. Mancher Betrieb hat auch Probleme mit der Moderhinke. Falch hofft, dass sich das in den nächsten Jahren wieder ändert.

Bei den Hirten setzt man heuer auf Frauenpower. Am

Arlberg wurde eine Pfunderserin angestellt, die mit ihrem Lebensgefährten auf die Schafe schauen wird. Falch spricht bei ihr von einem „Profi“, sie hat bereits acht Jahre lang Tiere in der Schweiz gehütet. In Spiss ist sogar ein Frauen-Duo, das aus Deutschland und der Schweiz stammt, mit den Schafen unterwegs.

Der Hirte, der dort im vergangenen Jahr auf die Tiere geschaut hatte, zog sich heuer auch wegen der Kritik aus dem Projekt zurück. Seitens des Landes ist man hingegen voll des Lobes. Er sei ein „Spitzenmann“ gewesen, die Kritik war unverdient.

Bei der Zahl der Hirten hat man heuer aber nachgebessert. Zu Beginn der Almsai-

son benötige man mehr Personal, um die Schafe in den Griff zu bekommen. Nachgeschärft wurde auch bei der Zahl der Hirtenhunde. Nicht rütteln will man hingegen an den Nachtpferchen, in die die Schafe jeden Abend getrieben werden, um sie so vor Wolfsrissen zu schützen. An denen gab es gerade im letzten Jahr scharfe Kritik.

„Die Strategie bleibt grundsätzlich gleich“, heißt es vom Land. Der Wolf melde sich nicht vorher an, bevor er zuschlägt. Wie das umgesetzt wird, dürfte aber von Alm zu Alm verschieden sein. Im Verwall zum Beispiel will man die Tiere am Anfang am Abend einzäunen – und dann, wenn es Wolfssichtungen gibt, sagt Falch.

# „Wie es Uschi Glas in Kitz gemacht hat“

Oberländer Anwalt steht mit seinem Onlineseminar zum Kauf von Freizeitwohnsitzen massiv in der Kritik.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Das Landesverwaltungsgericht hat zuletzt wieder in mehreren Fällen, die von den Behörden untersagte Benützung von Immobilien in Tirol als „illegale“ Freizeitwohnsitze bestätigt. Besonders krass ist der Fall eines Ehepaars im Unterland: Es hat seit Jahren ganzjährig eine Ferienwohnung gemietet, die aber nicht als Freizeitwohnsitz ausgewiesen ist. 2021 erfolgte schließlich ein Schreiben an den Tourismusverband: „Da wir meistens nur am Wochenende in (...) sind, bitten wir um zwei Gästekarten per postalischer Zusendung.“ Für die Gemeinde war damit klar, dass hier eine Umgehung des Freizeitwohnsitzverbots vorliegt.

Das Landesverwaltungsgericht wies die Beschwerde des deutschen Ehepaars mit Verweis auf die höchstgerichtliche Rechtsprechung ab. Von einem anderen Wohnsitz als von einem Freizeitwohnsitz könne dann nicht gesprochen werden, „wenn kein deutliches Übergewicht hinsichtlich der beruflichen und familiären Lebensbeziehungen des Beschwerdeführers am konkreten Ort feststellbar ist“. Trotzdem: Eine Oberländer Anwaltskanzlei macht jetzt Werbung damit, wie es dennoch möglich ist, einen Freizeitwohnsitz in Tirol zu erwerben.

Der betreffende Anwalt verteidigt sein Onlineseminar, das er in Tirol, Salzburg und Vorarlberg unter „Freizeitwohnsitz“ um 147 Euro anbietet. „Dieser Video-Online-Kurs

verhilft deutschen Staatsbürgern zur Traum-Immobilie ohne Hauptwohnsitz in Tirol“, verspricht er und kritisiert völlig falsche öffentliche Darstellungen. Zugleich wirbt

„Grundsätzlich finde ich es sehr verwunderlich, dass ein Anwalt ein solches Geschäftsmodell verfolgt.“

LR Hannes Tratter/ÖVP  
(Raumordnungsreferent)

der Jurist mit Prominenten. „Wie es Uschi Glas in Kitzbühel gemacht hat und ob Sie das nachmachen können“, ködert er potenzielle Kunden.

Was die Freizeitwohnsitzabgabe betrifft, gibt er ebenfalls Tipps: „Besser zahlen oder besser nicht zahlen? Worin die Gefahr besteht, voreilig zu überweisen?“, heißt es in einem angebotenen Modul. Ansprechpartner sind natürlich auch die Immobilienmakler, wie er sagt.

Im Land reagiert man ob dieser Aushebungsversuche entrüstet: „An erster Stelle stehen die Tirolerinnen und Tiroler – hier gilt es sicherzustellen, dass es genügend leistbaren Wohnraum gibt. Die Landesregierung hat bereits viele Maßnahmen umgesetzt, speziell bei der Verhinderung von illegalen Freizeitwohnsitzen haben wir die Gangart massiv verschärft“, betont Raumordnungs-Landesrat Johannes Tratter (VP). Abweichungen vom gesetzten Kurs würden von der Landesregierung jedenfalls nicht toleriert werden.

Tratter findet aber „grundsätzlich sehr verwunderlich, dass ein Anwalt ein solches Geschäftsmodell verfolgt und solche Beratungen anbietet. Es ändere aber nichts an der Situation, dass die Nutzung eines nicht genehmigten Freizeitwohnsitzes verboten sei. „Das sollte mittlerweile jedem klar sein“, übt der Landesrat scharfe Kritik.



Ansprechpartner für Tipps, wie man „zur Traum-Immobilie ohne Hauptwohnsitz in Tirol“ kommt, sind laut Anwalt vor allem deutsche Staatsbürger. Foto: Böhm



Freiland oder Bauland? Wer auf erschlossenem, unverbautem Bauland sitzt, solle stärker besteuert werden. Damit erhofft sich die Landesregierung eine Baulandmobilisierung. Zuständig ist allerdings der Bund. Symbolfoto Rita Falk

# Mehr Wohnraum durch höhere Steuer?

Bauland gibt es in Tirol genug auf Reserve. Damit zu spekulieren und es zu horten, soll besteuert werden. Landesrat Tratter und den Gemeinden schwebt eine Grundsteuer C vor. Die Bauern lehnen sie ab.

Von Anita Heubacher

**Innsbruck** – Man kann zwar nicht das Gras wachsen hören, aber wenn man auf gewidmetem Bauland sitzt, das imaginäre Rascheln in der Geldbörse. Kaum eine Aktie oder ein Fonds warf solch hohe Renditen ab wie Grundstücke und Betongold. Wo Grund und Boden rar ist, wird gerne damit spekuliert oder dieser für Kinder und Kindeskind aufbewahrt.

Es reicht ein Blick in die Zeitung oder auf *immo.ti.com*, um zu wissen, wohin sich der Immobilienmarkt entwickelt hat: Knappe 600 Quadratmeter Baugrund in Mieders um 650.000 Euro zu verkaufen. Oder wie wäre es mit 500 Quadratmetern um 770.000 Euro in Axams. In Gunstlagen ist der Preis für Baugrundstücke oft nur auf Anfrage zu erfahren, damit sich die Spreu gleich vom Weizen trennt. Das Eigenheim für Einheimische rückt in immer weitere Ferne.

Zur Verknappung trägt das Baulandhorten bei. 3418 Hektar, oder wer sich darunter mehr vorstellen kann, 34 Millionen Quadratmeter Bauland, sind in Tirol unverbaut. Und obwohl es so viel Bauland gibt, wird immer neues gewidmet. So frisst sich Beton in Grünland.

Die Landesregierung versucht seit Langem, vor Jahren noch mit weniger Verve und jetzt mit mehr, die Baulandreserven abzubauen. Innerhalb von zehn Jahren ist der Kuchen allerdings nur um 223 Hektar kleiner geworden. Um das Horten von Bauland teurer zu machen, schlugen



**„Wir haben die Grundsteuer C vor Jahren mutig vorangetrieben, sind aber am Bund gescheitert.“**

Ernst Schöpf (Gemeindevorstandspräsident)



**„Durch die erhöhten Abgaben würde die Grundsteuer C zur Baulandmobilisierung führen.“**

Johannes Tratter (Raumordnungslandesrat)



**„Mit Ärztekammer und Kirche gibt es in Tirol weitaus größere Grundbesitzer als die Bauern.“**

Josef Hechenberger (Präsident Landwirtschaftskammer)

Raumordnungsexperten, wie berichtet, eine Besteuerung vor.

Und da kommt nun die Grundsteuer C ins Spiel. Sie wäre eine „neue Erfindung“ und fällig, wenn man auf einem gewidmeten, erschlossenen Baugrundstück sitzt. „Treffen würde diese Steuer alle, die im Besitz einer Baulandreserve sind. Durch die erhöhten Abgaben würde die Grundsteuer C zur Baulandmobilisierung und

damit zum Rückgang von gewidmetem Bauland führen“, sagt ÖVP-Raumordnungslandesrat Johannes Tratter. Einführen kann er die Steuer nicht, zuständig ist der Bund. Die Landesregierung muss sich mit „Bewusstseinsbildung fürs Bodensparen“ begnügen. Tratter will sich aber mit anderen Bundesländern vermehrt austauschen, „um Gehör beim Bund zu finden“.

Grundsteuer ist nicht gleich Grundsteuer. Grundsteuer A

ist weitaus niedriger und fällt für Freiland, also landwirtschaftlichen Grund, an. In den Gemeindekassen macht die Grundsteuer A 0,3 Prozent aus. Also wenig. Grundsteuer B berappelt alle, die bebauten, Grund haben. Das trägt 17 Prozent und 75 Millionen zum Gemeindehaushalt bei. Das meiste Geld, 63 Prozent, spült die Kommunalsteuer in die Gemeindekassen.

Ein Fan von einer zusätzlichen Einnahmequelle, einer

Grundsteuer C, ist auch der Söldler Bürgermeister und Gemeindevorstandspräsident Ernst Schöpf (ÖVP). „Die Gemeinden haben die unbebauten Baugründe in vielen Fällen bereits erschlossen und haben dadurch Kosten gehabt. Daher wäre eine höhere Besteuerung gerechtfertigt.“ Wie hoch eine Grundsteuer sein sollte, können weder Tratter noch Schöpf sagen. Schöpf glaubt allerdings nicht so recht, dass sich dadurch viel Bauland mobilisieren ließe. „Den Lenkungseffekt kann man schwer abschätzen.“ Vor Jahren hätte der Österreichische Gemeindebund die Grundsteuer C „mutig vorangetrieben“. Man sei aber am „Bund gescheitert“.

Das wiederum ist der Landwirtschaftskammer und deren Präsident, Josef Hechenberger (ÖVP), recht. „Ich möchte betonen, dass die Grundsteuer A nicht nur Bauern zahlen.“ Der günstige

**A und B:** Landwirtschaftlicher Grund wird mit der niedrigen Grundsteuer A belegt. Sie brachte 2020 in Tirol 1,2 Millionen Euro ein. Grundsteuer B gilt für bebauten Land. Sie betrug 2020 rund 75 Millionen Euro.

Steuersatz falle berufsabhängig und nur für Grundstücke an, die nicht erschlossen und nicht parzelliert sind.

Hechenberger wehrt sich dagegen, dass mit Baulandhortung immer gleich „die Bauern“ assoziiert werden. Es gebe mit der Ärztekammer, der Kirche weitaus größere Grundbesitzer in Tirol. „Zehn Prozent der aktiven Bauern besitzen Bauland. Die Nutzung ist oft dieselbe wie die bei Freiland: Wir bauen Lebensmittel an.“

**Bauland:** 3418 Hektar, das sind 34 Millionen Quadratmeter Grund, sind in Tirol gewidmet, aber oft nach Jahrzehnten noch unverbaut. Bei Neuwidmungen muss innerhalb von zehn Jahren gebaut werden.

## Leerstand: Bund wird in die Pflicht genommen

**Innsbruck** – Der Vorschlag von Tirols Landeshauptmann Günther Platter (VP) hat im Bund Wellen geschlagen. Wie berichtet, will Platter das verfassungsmäßig festgeschriebene



Wohnungsl Leerstand soll nicht mehr geduldet werden. Symbolfoto imago

„Volkswohnungswesen“ (mit Ausnahme des Bereichs Gemeinnützigkeit) in den Kompetenzbereich der Länder transferiert wissen. Damit könnten selbige – so die Theorie – den Wohnungsl Leerstand effizienter bekämpfen. Weil dann eben höhere Abgabensätze möglich sei-

en. Schwarz-Grün bringt im Landtag unterstützend einen Antrag hierzu ein. Salzburg, Wien, die Steiermark, aber auch Tirol planen bzw. haben derartige Abgaben bereits beschlossen. In Tirol ist letzte Woche ein Gesetzesentwurf erneut verschärft worden. Gemeinden mit

„hohem Wohndruck“ haben die geplante Abgabe sogar zu verdoppeln.

Am Freitag tagt die Landeshauptleutekonferenz. Platters Antrag befindet sich auf der Tagesordnung. Um damit durchzukommen, braucht Platter alle LH-Kollegen. Es herrscht das Einstim-

migkeitsprinzip. Einige haben bereits Diskussions- und Zustimmungsbereitschaft signalisiert. Aus Platters Büro kommt Zuversicht: „Wir sind im engen Austausch mit den Ländern und arbeiten an Unterstützung.“ Der Antrag zielt aber nicht nur darauf ab, dass der Bund in Verhandlungen über das „Volkswohnungswesen“ tritt und somit im Sinne einer „Kompetenzbereinigung“ in die Pflicht genommen wird. Auch die im B-VG fest-

gehaltene „Assanierungskompetenz“ soll zu den Ländern. Dieser obliegt die Beseitigung gewisser „städt- und wohnbaulicher Missstände“ durch Neubebauung oder Verbesserungen.

Wie, ist im Stadterneuerungsgesetz geregelt. Als Assanierungsgebiet verordnete Flächen oder Gebäude obliegen strengen Regeln, insbesondere was Erwerb, Veräußerung oder Enteignung betrifft. (mami)

**Leerstand:** In Innsbruck soll bereits jede 10. Wohnung leer stehen. Tirol wird mit 1. Jänner 2023 eine verpflichtende Leerstandsabgabe einführen. Gemeinden mit hohem Wohndruck müssen diese verdoppeln.

TT, 16.05.2022

## Übung der Bergretter

**Kufstein** – Am Wochenende fand im Bereich der Ritzaualm am Zahmen Kaiser die Gemeinschaftsübung der Bergrettung des Bezirks Kufstein statt. Organisiert wurde die Übung von der Ortsstelle Kufstein – alle fünf weiteren Stellen (Alpbach, Wörgl, Auffach, Kramsach, Scheffau) nahmen daran teil. Die unlängst erschienene Unfallstatistik des Kuratoriums für Alpine Sicherheit machte es zuletzt wieder deutlich: Der Trend zum Bergsport ist ungebrochen. Das fordert natürlich die Bergretter. Im österreichweiten Vergleich entfallen 40 Prozent aller Verunfallten auf das Bundesland Tirol.

Fast sieben Stunden lang trainierten 50 Mitglieder aller Ortsstellen den Erstfall. Während im technischen Bereich eine behelfsmäßige Bergung einer verunfallten Person mit einfachen Mitteln aus unwegsamem Gelände geübt wurde, kam ansonsten auch das Maestro-Bergesystem zum Einsatz. (TT)

# 24-Stunden-Pflege braucht mehr Geld

Die türkis-grüne Pflegereform lässt Lücken, warnen Hilfsorganisationen. Sie fordern 220 Millionen Euro mehr für die Rund-um-die-Uhr-Betreuung.

**Wien** – Die Warnung ist deutlich: Das System der 24-Stunden-Betreuung stehe wegen der Teuerung am Rand des Zusammenbruchs, sagen Hilfsorganisationen und Pflegeverbände. Die monatliche Förderung dafür sei seit 15 Jahren nicht an die Inflation angepasst worden, kritisieren sie. Die nötige Anpassung und eine Erhöhung der Qualität durch finanzielle Anreize würden 220 Millionen Euro kosten, rechnen sie vor.

ÖVP und Grüne haben erst am Donnerstag ihre Pflegereform präsentiert. Die 24-Stunden-Betreuung werde dabei aber nicht ausreichend berücksichtigt, warnen die Organisationen. Die Forderungen seien aber alternativlos, sagt Caritas-Generalsekretärin Anna Parr. Der Druck auf die Menschen, ins Pflegeheim zu gehen, werde immer größer, denn die Betreuten bzw. ihre Angehörigen müssten für die Kosten der Betreuerinnen sowie deren Honorare aufkommen. Heimplätze gibt es aber nicht genug. Heime seien außerdem die teuerste Variante der Pflege.

Aktuell nehmen zwischen 25.000 und 30.000 Menschen die 24-Stunden-Betreuung in Anspruch (das sind rund fünf Prozent der Pflegegeldbezieher). 160.000 werden mit Unterstützung mobiler Dienste zu Hause gepflegt und 75.000 in Heimen. Für die 24-Stunden-Betreuung gibt die öffentliche Hand jährlich 160 Mio. Euro aus, nämlich 550 Euro Förderung monatlich für 25.000 Menschen.

Das zweite große Anliegen der Organisationen ist die

Qualitätssicherung. 2019 erstellte das Sozialministerium Richtlinien, der Verein zur Förderung der Qualität in der Betreuung älterer Menschen (ÖQZ-24) setzt das Programm um. 40 Agenturen für die Vermittlung von 24-Stunden-Betreuerinnen haben sich mittlerweile zertifizieren lassen, berichtet ÖQZ-24-Geschäftsführer Johannes Wallner. Sie achten auf faire Honorare, Qualitätskriterien, bieten Pflege-Fachunterstützung (Betreuerinnen sind in der Regel „nur“ Heimhilfen) und Unterstützung in Notfällen.

Die Kosten für Qualitätssicherung sind mit der Basisförderung aber nicht finanzierbar. Bezahlen müssen die Betreuten bzw. ihre Familien – und da kostet etwa ein Besuch durch eine Pflegefachkraft 65 Euro. Die Initiative fordert ein Bonussystem: 325 bis 550 Euro Fairnessbonus sollte es für Betreute geben, die ihren Betreuerinnen ein Mindesthonorar zahlen – und 250 bis 430 Euro Qualitätsbonus für die Kosten von Fachpflege und Qualitätssicherung. (APA, TT)



Pflege zuhause: Förderung seit 15 Jahren nicht erhöht. Foto: APA/Fohringer

TT, 14. 05. 2022

## Ja zum Bau neuer E-Werke

**Kufstein** – Versorgungssicherheit und Energiekosten sind brennende Themen. Gerade musste in Kufstein der Strom-Arbeitspreis um 60 Prozent angehoben werden, da der Einkaufspreis an der Energiebörse explodiert. Ein Problem der Kufsteiner ist der geringe Anteil an Eigenenerzeugung. Zwar hatten die Stadtwerke versucht, diesen durch den Einkauf in ein geplantes Innkraftwerk in Breitenbach zu erhöhen, aber die Landespolitik hatte es gestrichen. Doch Wasserkraftwerke seien für Tirol wichtig, daran ließ der Ebbser Bundesrat Sebastian Kolland keinen Zweifel. Er bekennt sich ganz klar zum Ausbau dieser Energiegewinnung und weiß sich der Zustimmung der Landes-VP sicher. Photovoltaik könne nur ein Teil der Energiegewinnung sein. Auch für VP-NR Josef Hechenberger ist ein Mix notwendig. Nicht umsetzbar seien allerdings Windräder oder große Sonnenenergie-Parks.

Im Zusammenhang mit der Teuerungswelle erinnern die beiden an die Unterstützungspakete der Bundesregierung. So bringe im Bezirk Kufstein die Senkung der Einkommenssteuerstufen 37 Millionen und der Klimabonus 17,5 Millionen Euro Unterstützung, um zwei Punkte herauszugreifen. (wo)



Der 19-jährige Noah Lambauer (M.) ist überzeugter E-Mopedfahrer. Thomas Geisler (Energie Tirol), Rainer Unger (KEM Alpbachtal), Iris Kahn (Umweltreferentin Wörgl) und BM Josef Auer (Breitenbach) hoffen auf Nachahmer. Foto: Hilda

## Gemeinden zahlen bei E-Mopeds mit

Mit bis zu 1200 Euro wird die Neuanschaffung eines elektrischen Mopeds in acht Kufsteiner Orten gefördert. Nicht nur Geld spricht dafür.

**Wörgl** – Der Jugend E-Mobilität schmackhaft machen wollen acht Gemeinden im Bezirk Kufstein gemeinsam mit Energie Tirol und öffnen dafür ihre Fördertöpfe. Die Neuanschaffung eines E-Mopeds unterstützt der Bund mit bis zu 800 Euro, zusätzlich legen die e5-Gemeinden Wörgl, Angerberg, Kirchbichl, Schwoich, Breitenbach, Brixlegg, Kundl sowie die KEM-Gemeinde Reith i.A. (Klima- und Energiemodellregion) zwischen 200 und 400 Euro drauf. Außerdem nehmen alle von heute bis September Förderbewilligten an

tungskosten, höhere Effizienz – die elektrische Variante schone Umwelt, Gesundheit und Geldbörse, wirbt Wörgls Umweltreferentin GR Iris Kahn und ortet kommunales Handlungspotenzial: „Für die Mobilitätswende braucht es große Visionen, aber auch kleine Schritte wie diese, die in den Gemeinden leicht umzusetzen sind.“ Dass Gemeinden den Umstieg auf E-Mobilität subventionieren, sei nicht neu. Der gebündelte Auftritt aber verschaffe dem Thema mehr Gewicht, ist Breitenbachs Bürgermeister Josef Auer überzeugt.

Das Projekt gab es bereits vor einem Jahr im Bezirk Schwaz. Bei 33 Neuzulassungen von Mai bis August wurden elf E-Mopeds registriert – mit dieser Bilanz zeigt man sich bei Energie Tirol zufrieden. Beantragen dürfen die Förderung aber auch Erwachsene. Das E-Moped habe als Ersatz für ein Zweitauro großes Potenzial, merkt Rainer Unger, Modellregionsmanager KEM Alpbachtal, an. (jazz)

# „Rechtsanspruch jetzt beschließen“

Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Walser (VP) ist mit der Politik seiner Landespartei in Sachen Elementarpädagogik nicht zufrieden. Er drängt auf den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und die Deckelung der Kosten.

*Kommende Woche beschließt der Landtag die Novelle zum Kinderbetreuungsgesetz. Die Wirtschaft hat im Vorfeld scharfe Kritik geäußert, weil der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz fehlt. Eine vertane Chance?*

**Christoph Walser:** Grundsätzlich verstehe ich beide Seiten, schließlich bin ich auch Bürgermeister. Ein ganztägiges und flächendeckendes Angebot ist nicht einfach umzusetzen. Da scheitert es oft am finanziellen in den Gemeinden. In Zeiten aber, wo wir in der Wirtschaft einen massiven Fach- und Arbeitskräftemangel haben, brauchen wir ein lernartiges Angebot ganz massiv. Ja, wir fordern den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr ein. Das könnte und müsste man jetzt beschließen.

*Bildungslandesrätin Beate Palfrader (VP) führt für das Nein der ÖVP aber nicht die Finanzierung, sondern das – studienmäßig gestützte – Argument an, dass ein Rechtsanspruch nicht mehr Plätze bedeutet?*

**Walser:** Das sehe ich anders. Natürlich bringt der Rechtsanspruch etwas. Man wird halt in den Städten und Gemeinden massiv ausbauen müssen. In Thaur bauen wir jetzt binnen drei Jahren die vierte Kinderkrippengruppe. Ein Rechtsanspruch wäre der heutigen Zeit angepasst. Es wird aber Übergangslösun-

gen brauchen. Binnen eines Jahres werden nicht alle Gemeinden ausreichend Plätze anbieten können.

*Finanziell hat das Land die Novelle nachgebessert. Jetzt gibt es über 18 Mio. € mehr an Personalkosten für die Betreiber. Reicht das, um den geforderten Ausbau zu realisieren?*

**Walser:** Die reichen aus, um den Betrieb der Kinderbetreuung zu sichern. Für die



Foto: Dr. Moor

**„Natürlich bringt ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz etwas. Er wäre der Zeit angepasst.“**

Christoph Walser  
(Wirtschaftskammer-Präsident)

Infrastruktur wird man zusätzliche Gelder in die Hand nehmen müssen, um die Gemeinden zu unterstützen.

*Wie sehr ist das Fehlen eines Kinderbetreuungsplatzes Grund dafür, dass Arbeitsplätze in Tirol nicht angenommen werden?*

**Walser:** Das bestätigen uns viele: Die Unterbringung der Kinder ist zentral. Oft sind

keine Plätze vorhanden oder sie sind sehr teuer. Insbesondere für jene, die nur halbtags arbeiten. Das trifft vor allem die Frauen. Mehr als die Hälfte des Einkommens muss dann in die Kinderbetreuung gesteckt werden. Das macht keinen Sinn. Die Plätze müssen leistbar sein.

*Das Vorschuljahr ist gratis, weil vom Bund vorgegeben. Tirol hat ein zweites Gratis-Jahr dazugehängt. Soll der Kindergarten gänzlich kostenfrei werden?*

**Walser:** Wenn es an der finanziellen Situation scheitert, muss sich die Politik überlegen, ob man die Kosten für Kinderbetreuung nicht deckeln sollte.

*Die Hälfte der Kindergärten sind in den Sommerferien geschlossen, werktags teils ab 16 Uhr. Ist das noch tragbar?*

**Walser:** Nein. Wir brauchen eine ganzjährige Kinderbetreuung. Täglich mindestens bis 17.30 Uhr. Es geht auch nicht, dass zwei Monate im Sommer kein Angebot ist. Keiner hat so lange Urlaube.

*Palfrader hat der Wirtschaft ans Herz gelegt, wenn der Rechtsanspruch schon so ein großes Anliegen ist, doch verstärkt Betriebskindergärten anzubieten. Die Novelle sieht hier Erleichterungen vor.*

**Walser:** Es gibt bereits viele Betriebe, die das anbieten. Kinderbetreuung hat aber



Nicht nur für die Wirtschaftskammer ist es Zeit, dass sich beim Rechtsanspruch etwas bewegt. Foto: imago

der Gesetzgeber zu regeln, das kann nicht auf die Unternehmen abgewälzt werden. Das kann nicht der Weg sein.

*In einem offenen Brief ha-*

*ben die Sozialpartner vom Bund jährlich eine Kindergarten-Milliarde gefordert. Ist das die Untergrenze?*

**Walser:** Das ist eine Hochrechnung. Die Milliarde wird es aber wohl benötigen.

*Sollte der Rechtsanspruch weiter auf sich warten lassen: Wie groß wäre der Standort-Nachteil für Tirols Wirtschaft?*

**Walser:** Wenn wir keine Mitarbeiter finden, wird das Wirtschaftswachstum gebremst – nicht nur in Tirol, österreichweit. Die Wirtschaft geht Hand in Hand mit der Kinderbetreuung. Natürlich mit einer pädagogisch hochwertigen Betreuung. Die Kinder sollen ja nicht einfach nur irgendwo geparkt werden. Da braucht es auch gutes Personal. Diese Problematik überschneidet sich mit der Pflege. Da wie dort müssen diese Berufe finanziell wieder attraktiv werden. 1300 Euro für einen Ganztagsjob sind zu wenig. Die müssen eine

„g'scheite Kohle“ verdienen. Flexibilität ist in der Arbeitswelt ein immer größeres Thema: Arbeitszeit, Home-Office etc. Hat man beim Rahmen, der dies erst ermöglicht, wie eben die Kinderbetreuung, zu spät reagiert?

**Walser:** Gearbeitet wird auch an Feier- und Sonntagen. Wo ist da die Betreuung? Die Arbeitsmodelle werden ständig angepasst. Da ist die Betreuungsfrage meilenweit hinten. Die Flexibilität muss viel größer werden.

*Wenn schon nicht im Land: Werden Sie und Ihre Präsidenten-Kollegen sich dafür einsetzen, dass ein Rechtsanspruch vom Bund über die laufenden 15a-Vereinbarungen mit den Ländern noch kommt?*

**Walser:** Das wird eine Forderung der Wirtschaftskammern sein.

Das Interview führte  
Manfred Mitterwachauer



**V. l.:** Kdt. Stefan Thaler, GF Walter Soier und Bgm. Andreas Ehrenstrasser. Fotos: Pierzinger

## Langkampfen beging Firstfeier für das neue Feuerwehrhaus

Am 16. September 2021 wurde mit der Grundsteinlegung mit dem Bau des neuen Feuerwehrhauses in Unterlangkampfen begonnen, am 6. Mai konnte zeitgerecht die Firstfeier abgehalten werden. Im Herbst 2022 soll dann das Gebäude pünktlich übergeben werden. Budgetiert ist das Projekt mit € 4,2 Mio. brutto, diese Summe wird voraussichtlich auch eingehalten werden können.

„Von den letzten fünf ausgeschriebenen Projekten für Feuerwehrhäuser konnten wir vier gewinnen. Dies ist das dritte Projekt, das wir umsetzen“, so Wohnungseigentum-Geschäftsführer Walter Soier.



**Firstfeier** mit traditionellem Richtspruch.

„Zu der Zeit, als wir dieses Projekt abgeschlossen haben, war die Welt noch eine andere, inzwischen wären die Kosten wohl um einiges höher“, erklärte Bgm. Andreas Ehrenstrasser.

**Das Projekt** liegt bei den Kosten und der Bauzeit im Plan.





Foto: Daum Hubert

Elisabeth Steinlechner ist mit ihrer PV-Anlage (Pilot-)Stromlieferantin der ersten Erneuerbaren Energiegemeinschaft 1

## Tiroler Urknall vor dem spannenden Herbst

Eine Erneuerbare Energiegemeinschaft (EEG) ist kein einfaches Konstrukt. In Tirol schreitet das Regionalmanagement voran.



**E**rneuerbare Energiegemeinschaften (EEG) werden künftig zumindest den Strommarkt revolutionieren. Seit letztem Jahr ist es auch für Privatpersonen erstmals möglich, selbst erzeugte Energie über die Grundstücksgrenzen hinaus zu verkaufen. Bis dies allerdings geschehen kann, ist es ein bürokratischer Hürdenlauf. Diesen haben bisher nur 13 EEG in Österreich auf sich genommen.

### Initialzündung könnte Lawine lostreten

Die erste in Tirol ging erst kürzlich ans Netz. Eine außergewöhnliche, weil sie die Initialzündung für einen spannungsgeladenen Herbst sein sollte. „Aktuell



Foto: Daum Hubert

EEG-Experte Jürgen Neubarth

darf es in einer EEG nur einen Energielieferanten geben, ab Herbst können es mehrere sein“, erläutert Jürgen Neubarth, GF der „e3 Consult GmbH“ und Geburtshelfer der EEG „Unser

Strom Landeck“. Der Anstupsler dieses geladenen Steines war das Regionalmanagement RegioL. Es machte das energetische Zukunftsmodell zum LEADER-Projekt, wurde selbst Vereinsmitglied und fungiert als Abnehmer des Stromes der Fotovoltaikanlage von Elisabeth Steinlechner, ebenfalls GF der e3 Consult GmbH.

„Mit diesem Pilotprojekt wissen wir in der Praxis, wie es funktioniert, können ab Herbst jenen beratend zur Seite stehen, die diesen Zukunftsweg ebenfalls gehen wollen“, sagt Steinlechner. Und das werden nicht wenige sein. Das Interesse sei in Zeiten des Umbruchs enorm, auch von Gemeinden. H. Daum

### DATEN & FAKTEN

Eine EEG ist ein Zusammenschluss von mindestens zwei Teilnehmern zur gemeinsamen Produktion und Verteilung von Energie. Die Schritte (vereinfacht):

- Gründung einer Rechtsform, meistens Verein oder Genossenschaft, nicht auf Gewinn ausgerichtet
- Vereinbarungen innerhalb der Teilnehmer/Mitglieder
- Registrierung bei ebUtilities (Öst. Energiewirtschaftsverband)
- Betreibervereinbarung mit Netzbetreiber.
- Registrierung bei EDA-Infotag (Energiewirtschaftlicher Datenaustausch).
- Bezugsvereinbarung zwischen EEG und zu beliefernden Mitgliedern. Der Strompreis kann autark ausgehandelt werden.

# Antragsflut bei Kufsteiner Gemeinderatssitzung

Kufstein Blick  
15.06.2022

Zu einer wahren Antragsflut kam es in Kufstein bei der letzten Gemeinderatssitzung am Mittwoch, 8. Juni. Gleich 14 Anträge wurden von den Fraktionen eingebracht. Zwei Anträge der MFG wurden als Dringlichkeitsanträge eingebracht, die allerdings mehrheitlich abgelehnt wurden.

## MFG

Passend zum Kernthema der Partei brachte die MFG einen Antrag ein, dass die Regelung, dass nur Geimpfte eine Anstellung in städtischen Kindergärten erhalten, abgeschafft wird. Im zweiten Antrag der MFG wurde eine „Sprechstunde“ vor allen Gemeinde- und Stadtratssitzungen gefordert. Weitere Anträge der MFG: Bienenstöcke in den Kreisverkehren der Stadt, Erneuerung der Müllkübel und Ersatz durch geschlossene Varianten und die Wiedereinführung von Infotafeln in Naturschutzgebieten.

## NEOS

NEOS zur Entlastung des Gesundheitssystems, dass künftig „Community Nurses“ in Kufstein zum Einsatz kommen. Außerdem soll bei einer neuen Hauptwohnsitzanmeldung in der Festungsstadt die Kufstein Card einen Monat lang kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Als dritten Antrag möchte NEOS gerne, dass an allen öffentlichen Gebäude eine Photovoltaik-Anlage installiert wird - beginnend mit der Volksschule Zell.

## FPÖ

Für die FPÖ soll künftig die Vergabe des gemeinnützigen Wohnungsmarkt auf neue Füße gestellt werden. Bei den Wohnungsvergaberichtlinien soll die Beherrschung der deutschen Sprache auf Niveau

B1 Voraussetzung sein. Außerdem soll ein Tauschangebot von Wohnungen für mehr Suchende eine passende Wohnung ermöglichen. So könnte z. B. eine Familie eine größere Wohnung mit Pensionisten tauschen, die dann weniger Miete zahlen müssten.

## Wir Kufsteiner VP

Die Wirtschaftlichkeit eines Neubaus einer Jugendherberge/Hostels will die „Wir Kufsteiner Volkspartei“ überprüfen lassen. Gerade von Sportvereinen wäre hier lt. Antrag ein großer Bedarf.

## Kufsteiner Grüne

Die Vergabe von gemeinnützigen Wohnungen wollen auch die Grünen überarbeitet haben. So sollen einerseits bereits vergebene Wohnungen regelmäßig überprüft werden und neue Wohnungsvergaben befristet werden.

Überprüfen lassen wollen die Grünen auch die Barrierefreiheit der Stadt Kufstein, um anschließend darüber zu diskutieren und Lösungen zu finden. Als dritten Antrag kommt von den Grünen der Vorschlag, die Sichtbarkeit der LGBTQ+ Bewegung mit zusätzlichen Regenbogen-Sitzbänken und bunten Beleuchtungen zu erhöhen. Zudem sollen drei weitere Regenbogen-Zebrastreifen auf die Offenheit der Stadt hinweisen.

## Parteifreien

Ein Antrag zur Verarbeitung der Geschichte der Heldenorgel kam von den Parteifreien. Nicht nur der Name und das zum Schluss gespielte Stück sollen geändert werden, auch die Infotafeln sollen überarbeitet werden.

Alle Anträge wurden zur Bearbeitung an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet.

## Neue Straßen in Kufstein erhalten Frauennamen

Nachdem bereits im Vorjahr der Vergabeprozess der Straßennamen in Kufstein in Gemeinderatssitzungen diskutiert wurde, haben die Grünen einen Antrag eingebracht, diese künftig in einem Wettbewerb in Mittel- und Oberstufen der Kufsteiner Schulen zu ermitteln.

„Ich kann nicht verstehen, warum das auf die Gruppe der Schüler reduziert wird, vor allem, weil Kufsteiner Oberstufen-Schüler nicht unbedingt Kufsteiner sein müssen. Es gibt sicher viele Bürger, die hier auch gute Ideen haben“, so Gemeinderat Christofer Ranzmaier (FPÖ).

„Die Idee dahinter ist, dass sich die Schüler wieder mehr mit ihrer Stadt und ihrer Geschichte auseinandersetzen,“ so Vize-Bgm. Stefan Graf (OGF). Gemeinderat Clemens Stoll (MFG) störte die Vorgabe, dass bei der Vergabe überwiegend weibliche Namen gefunden werden sollen: „Irgendwann haben wir dann mehr Frauen-Straßennamen“. Er stellte den Abänderungsantrag, diesen



Vize-Bgm. Stefan Graf

Foto: Pierzinger

Passus zu streichen. „Gleichberechtigung darf nicht nur ein Schlagwort sein, es muss auch gelebt werden. Wenn sich die Schüler mit der Geschichte der Kufsteiner Frauen beschäftigen, haben sie einen ganz anderen Umgang damit“, entgegnete Vize-Bgm. Brigitta Klein (Parteifreie). Der Abänderungsantrag wurde mit 19:2 Stimmen abgelehnt (dafür waren MFG), der Hauptantrag wurde mit 18:3 Stimmen angenommen (MFG und FPÖ dagegen).

Kufstein Blick, 15.06.2022

# Ausschuss-Zuhörer vor der Tür

Kufsteiner Gemeinderat muss nach MFG-Forderung Ausschüsse umbesetzen.

**BARBARA FLUCKINGER**

KUFSTEIN. Die Listen für die Zuhörer in den Ausschüssen waren in Kufstein schon festgelegt. Nun müssen sie angepasst werden. Auslöser dafür war ein Vorstoß der Liste Menschen Freiheit Grundrechte (MFG) Kufstein, die die Umnominierung der Ausschüsse forderte.

Der Stein des Anstoßes findet sich in der Tiroler Gemeindeordnung (TGO). Konkret geht es um §24 Absatz 3 der TGO, der sich mit der Zusammensetzung der Ausschüsse beschäftigt – ein Paragraph mit „Schwächen“, wie es einige Gemeinderäte in der jüngsten Gemeinderatssitzung am Mittwoch, den 8. Juni, formulierten. Grundsätzlich können (laut der TGO) Gemeinderatsparteien, die nicht in den Ausschüssen vertreten sind, ein Mitglied aus ihren Reihen bestimmen, das dann als Zuhörer bei Ausschusssitzungen

teilnehmen kann. Allerdings beschränkt sich dieses Recht auf Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Das ergibt sich aus einer Definition in der Tiroler Gemeindevahlordnung, laut der Gemeinderatsparteien „die Wahlwerber einer Wählergruppe“ sind, „denen Gemeinderatsmandate zugewiesen wurden“.

Ersatzgemeinderäte können demnach zwar einen Ausschuss-Sitz haben, wenn ihre Partei dort vertreten ist. Geht es aber um das Recht, als Zuhörer dabei zu sein, wenn die Partei nicht im Ausschuss vertreten ist, so müssen die Ersatzgemeinderäte bzw. Listenmitglieder „draußen“ bleiben. Auf die Einhaltung dieser gesetzlichen Regelung pochte die MFG Kufstein. Deswegen galt es in der Gemeinderatssitzung, die Ausschussliste mit ausschließlich Gemeinderäten als Zuhörer neu zu benennen. Die Fraktionen konnten aber nun im Vorfeld der Ge-



**Der Gemeinderat musste die Ausschusslisten anpassen.** Foto: Fluckinger

meinderatssitzung Experten im Sinne des Gesetzes für die einzelnen Ausschüsse nominieren. Der Einsatz dieser bietet eine weitere Möglichkeit des Zuhörens. Wer als Experte gilt, beurteilt der Gemeinderat.

Der Gemeinderat stimmte letztendlich mit drei Gegenstimmen von MFG und FPÖ mehrheitlich dafür, die Namhaftmachung der Zuhörer wie vorgeschlagen zu beschließen.

# Neuer Primar für Anästhesie und Intensiv

**Kufstein** – Das Kufsteiner Bezirkskrankenhaus heißt mit Mathias Ströhle seinen neuen Leiter der Anästhesie und Intensivmedizin willkommen. Der Primar übernimmt ab 1. August eine der größten Abteilungen im Haus. „Ich freue mich, dass wir mit Priv. Doz. Dr. Mathias Ströhle nicht nur einen ausgezeichneten Mediziner, sondern auch eine menschlich gewinnende Persönlichkeit für unser Krankenhaus engagieren konnten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und wünschen ihm alles Gute für seine künftige Tätigkeit in unserem Haus“, sagt Gemeindeverbandsobmann BM Rudi Puecher.

Ströhle war als Fach- und Oberarzt an der Universitätsklinik Innsbruck tätig. 2021 absolvierte er das Masterstudium Business Administration in Gesundheitsmanagement. Als Privatdozent referierte er

bei europaweiten Kongressen und wirkte bei 60 Publikationen mit. Seinen wissenschaftlichen Fokus richtet er auf Intensivmedizin, die Epidemiologie von alpinen Unfällen und den Sauerstofftransport im Körper. Zudem ist er als Notarzt beim Flugrettungsdienst aktiv.

Kaum eine Disziplin sei so eng mit allen Fachgebieten der Medizin vernetzt wie die

Anästhesie und Intensivmedizin, heißt es aus dem Krankenhaus. Der Aufgabenbereich erstreckt sich von der zentralen Vorbereitung der Patienten auf Operationen, Stabilisierung und Erhalt lebensnotwendiger Körperfunktionen und in medizinischen Ausnahmesituationen und eigentliche Narkose für Eingriffe und Untersuchungen bis zur Schmerzbekämpfung. (TT)



Gemeindeverbandsobmann BM Rudi Puecher heißt den neuen Primar Mathias Ströhle (r.) im Krankenhaus willkommen. Foto: Fotosudio Kaig/Haendl

TT, 18.06.2022

# Netzwerkstelle für Pflege angedacht

Die vom Land beauftragte MCI-Studie zur Pflege in Tirol liegt vor: „Wunschverzeichnis“ gegen Pflegebaustellen.

Von Manfred Mitterwachauer

**Innsbruck** – Der Bund hat vor einem Monat sein großes Pflegepaket (eine Milliarde für zwei Jahre) präsentiert. Mit einem Stipendiensystem sowie einer Covid-Zulage implementierte das Land bereits mit Jahreswechsel Sofortmaßnahmen, denen ein separates Landes-Paket folgen sollte, wie Gesundheitslandesrätin Annette Leja (VP) stets betonte. Hierfür wurde im Februar eine Studie beim MCI in Auftrag gegeben. Sie solle anhand von bestehenden Positionspapieren der Interessensvertretungen, aber auch Gesprächen mit Praktikern Grundlagen zur Erarbeitung eines Handlungskatalogs liefern. Die Studie mit dem Titel „Pflege Tirol: Ideen, Perspektiven, Strategien und Zukunft“ liegt nun vor. Die zentralen Forderungen (auszugsweise):

**1 Ausbildung:** Der Bedarf an finanzieller Unterstützung während der Ausbildung (für Ein- und Umsteiger) ist vorhanden. Der Bund hat bereits Ansätze formuliert – das Land könnte diese aufstocken bzw. müsse diese langfristig über 2024 hinaus absichern. Allfällige Studiengebühren sollen erlassen werden. Die Einführung der Pflege-Lehre bleibt zwar umstritten, soll aber durch ein engmaschiges Netz an Betreuung und Kontrolle teilnehmender Betriebe sowie eine Evaluierung abgesichert werden. Das AMS soll zudem verstärkt Pflege-Interessenten vermitteln.

**2 Berufs-Attraktivierung:** Eine Reduktion der Wochenarbeitszeit ist zwar zentral, muss sich aber dem Nachteil einer zusätzlichen Verschärfung des Personalmangels stellen. Konzepte wie Personal- und Springer-pools seien zu entwickeln. Um aktives Abwerben zwischen Pflege-Institutionen zu vermindern, sollen Verträge und Leistungen harmonisiert werden. Die vom Bund angekündigten Gehaltsanpassungen müssten vom Land langfristig abgesichert werden. Die Handlungskompetenzen des Pflegepersonals im Arbeitsalltag sollten erweitert werden.

**3 Personal:** Gerechnet wird damit, dass sich der Personalmangel in der Pflege weiter zuspitzen werde. Als

Überbrückungslösung sei vermehrt ausländisches Personal anzuwerben. Hierfür gelte es Nostrifizierungsverfahren zu erleichtern. Bestehende Stellenpläne sind auf den heutigen Pflegeanspruch zu adaptieren. Die administrative Belastung gehöre reduziert, am Pflegeminutenschlüssel gedreht.

**4 Rahmenbedingungen:** Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie korreliere auch in der Pflege mit dem Grad der vorhandenen Kinderbetreuung. Diese gehöre an die Dienstzeiten von Pflegekräften angepasst.

**5 Vernetzung:** Durch eine „integrierte Versorgung“ – Bsp. Primärversorgungszentren – könnten Krankenhäuser gezielter entlastet werden.

**6 Betreuungsformen:** Angebote wie mobile Pflege, betreutes Wohnen und Tagespflege sollen ausgebaut, pflegende Angehörige gezielter unterstützt werden.

Bilanzierend denkt die Studie die Schaffung einer „Netzwerkstelle-Pflegeentwicklung“ an. Diese solle nicht nur die Vorschläge in konkreten, umsetzbaren Maßnahmen bündeln, sondern auch für künftige Schritte die Rückkoppelung zwischen Pflege-Expertise und Politik sichern.

## Pflegepaket des Landes vor Beschluss

**Innsbruck** – Der Abschluss des lange versprochenen Landes-Pflegepakets ist einer der jüngst von Schwarz-Grün genannten Gründe, wieso die Landesregierung ungeachtet des Neuwahlanspruchs kommende Woche im Landtag weiterhin im Arbeitsmodus verbleiben wolle, die TT berichtete.

Das könnte nun schneller als geplant vonstattengehen. Denn wie aus dem Landhaus zu vernehmen ist, befindet sich besagtes Pflegepaket bereits in seiner Endabstimmung. Ein Grundsatzbeschluss durch die Landesregierung könnte demnach bereits in den kommenden Tagen über die Bühne gehen. Die konkrete Umsetzung dürfte vielmehr eine Aufgabe einer neuen Landesregierung werden. (mami)



Die Pflege braucht Reformen – dafür wurde demonstriert. Der Bund legte vor, nun will auch das Land Tirol ein eigenes Paket präsentieren. Foto: Böhm

25 Jahre Jubiläums-Kasfest:

## „Alles Käse“ am Dorfplatz in Kössen



Das Kasfest in Kössen ist seit vielen Jahren der Geheimtipp unter den kulinarischen Dorffesten in Tirol. So auch am 28. Mai, nach zweijähriger pandemiebedingter Pause, wo der Tourismusverband in Zusammenarbeit mit den Sennereien, Ortsbäuerinnen, Wirten und Vereinen bereits zum 25. Mal das Jubiläums-Kasfest am Dorfplatz veranstaltete. Bei kühlem Wetter aber mit viel Musik, zahlreichen Besuchern und vor allem besten Käse war es ein gelungenes Fest. „Die Heuwirtschaft ist die Grundlage für den Heumilchkäse und diese hat im Kaiserwinkl eine lange Tradition. Es ist einzigartig, dass wir hier in der Region sieben Sennereien bzw. Hof- und Almkäsereien haben“, berichtet TVB Vizeobmann Hans Peter Kaserer stolz. Pünktlich um 11 Uhr erfolgte die offizielle Eröffnung des Festes mit dem Käseantrieb im Beisein der Obmänner und Betriebsinhaber der Sennerei Danzl Schwendt, Hofkäserei Fahringer Rettenschöß, Kaiserwinkl Sennerei Kössen, Bio Sennerei Walchsee, Käserei Plangger Niederdorf, Almkäserei Feldalm Walchsee und der Käserei Schulerhof Rettenschöß sowie der TVB Spitze und den Bürgermeistern der Region. Den Fassantrieb nahm heuer Kössens Bürgermeister Reinhold Flörl vor.

Geboten wurden auch altes Kaserhandwerk, ein Bauernmarkt sowie ein abwechslungsreiches Kinderprogramm. Nach dem unglaublichen Erfolg der letzten Jahre wurde auch heuer auf Verstärker verzichtet. Die Musikgruppen Erbkogler, PillerseeSound, Schwendter Tanzmusi, D'Londjaga, De drei Zuagspitzn, 4er Klang, Eboch Musi, Brixentaler Soatenspiu zogen von Stand zu Stand, von Tisch zu Tisch und unterhielten das Publikum bei freiem Eintritt. Auch der gratis Bustransfer von und zu den Kaiserwinkl Orten fand Anklang. -hm-



Eröffnung des 25. Kasfestes durch die Bürgermeister, TVB-Spitze, Sponsoren, Obmänner und Betriebsinhaber der teilnehmenden Sennereien und Hof-/Almkäsereien

### Köstliche Käsespezialitäten

Angeboten wurde wieder alles aus der traditionellen bäuerlichen Küche wie Kaskrapfen, Kasspatz'ln, Kasknödel, Kassuppe uvm. – Käse, Schnaps, Wein konnte natürlich verkostet und gekauft werden.



Ein gewohntes Bild: die Bichlacher Bäuerinnen an der großen Spatzl-Pfanne



Altes Kaserhandwerk zeigte Michael Jäger, Feldalm



Die Kössener Bäuerinnen kredenzt Kaskrapfen



# Land schießt Pflege weitere 27 Mio. € zu

Regierung einigt sich auf zusätzliches Paket: Zuschlag für Einspringer, kein Schulgeld und mehr. Stabsstelle kommt.

Von Manfred Mitterwachauer

**Völs** – „Kritisch bleiben, aber jetzt den Mut haben, die Dinge einmal so anzunehmen.“ Das ist keine Kaufempfehlung der Politik. Das rät mit Mischa Todeschini der Geschäftsleiter der Gesundheitsdienste Völs seinen KollegInnen. Also ein Praktiker. Weil, so wie es Todeschini ausdrückt, das gestern – gerecht im dortigen Heim in Szene gesetzt – von Schwarz-Grün grundsätzlich beschlossene Paket „richtungsweisend“ sei. Wie berichtet, hatte es in den vergangenen Monaten des Öfteren Proteste von Gewerkschaften und Pflegepersonal gegen den „Pflegenotstand“ auch in Tirol gegeben. Ob Todeschini freilich Gehör findet, bleibt abzuwarten.

„Die Länder gehen davon aus, dass der Bund den Gehaltsbonus fortzahlt. Alles andere wäre eine Blamage.“

Günther Platter  
(Landeshauptmann, VP)

Sofortmaßnahmen wie das Pflegestipendium und den Corona-Bonus hatte die Landesregierung bereits auf Schiene gebracht. Leichte Geburt war das freilich keine. Dann kam im Mai die „Pflege-Milliarde“ des Bundes. Eine Reform, deren Herz – 520 Millionen Euro Gehaltsbonus für Pflegekräfte – freilich nur auf

zwei Jahre befristet ist. Dann hätten Bund und Land mittels Finanzausgleich neu zu verhandeln, so Gesundheitsminister Johannes Rauch.

Gestern nun legte Tirol ein weiteres, seit 2021 versprochenes Landes-Paket nach. Eines, dessen Maßnahmen – aufsummiert bis 2024 – zusätzliche 27 Millionen Euro in die Pflege pumpen sollen, wie LH Günther Platter, Gesundheitslandesrätin Annette Leja (beide VP) und LHStv. Ingrid Felipe (Grüne) verkündeten. Im Wesentlichen fußt es auf und folgt es den Empfehlungen, welche, wie berichtet, die MCI-Studie aufgelistet hat.

Teile des Pakets kann und muss der Landtag noch in seiner Juli-Sitzung beschließen, andere (rechtliche) Bereiche wiederum wird erst der noch am 25. September neu zu wählende Landtag auf den Weg bringen müssen.

Zuvor soll der Landtag aber auch noch jene 44 Mio. Euro dem Bund vorschießen, mit welchem Pflegekräfte einen Gehaltsbonus 2022 und 2023 bekommen sollen. Das Land geht davon aus, dass dieses Bundesgeld aber erst im Frühjahr 2023 (rückwirkend) zur Auszahlung käme. So lange will man die Pflegekräfte in Tirol – wohl mit Blick auf die Landtagswahl – aber nicht warten lassen, weshalb der Landtag die 44 Mio. € jetzt schon freigeben soll, damit eine Überweisung noch im Laufe des Herbstes 2022 mög-

lich ist, wie Platter ankündigt. Dass dieser Bonus nicht auslaufen dürfe, sondern als fixer Bestandteil „langfristig abgesichert werden muss“, ist für Platter klar. In den hierfür ausstehenden Finanzausgleichsverhandlungen fordert Platter im Namen der Länder, dass der Bund diese Kosten weiterhin 1:1 decken müsse. Alles andere wäre eine „Blamage“.

„Das gesamte Paket ist bis 2024 befristet. Natürlich wird es aber laufend evaluiert werden.“

Annette Leja  
(Gesundheitslandesrätin, VP)

Im Tiroler Paket, das Leja ausführt, ist u. a. verankert, dass mit Schuljahr 2022/2023 auf Schulgelder und Studiengebühren in der Pflege verzichtet wird und „EinspringerInnen“ ein Flexibilisierungszuschlag ausbezahlt werden soll. Die bisherigen Schulversuche für Pflegeausbildung an mittleren Schulen werden ausgebaut, die Umsetzung der Pflege-Lehre soll ab 2023/24 erfolgen. Die Kinderbetreuung werde ebenso im Sinne einer Verbesserung der Arbeits-Rahmenbedingungen auszubauen sein wie das Angebot für pflegende Angehörige. Zudem wird eine „Stabsstelle Pflege“ eingerichtet, welcher der künftige Entwicklungsbedarf in der Tiroler Pflege obliegen soll.

## Paket: Eckpfeiler

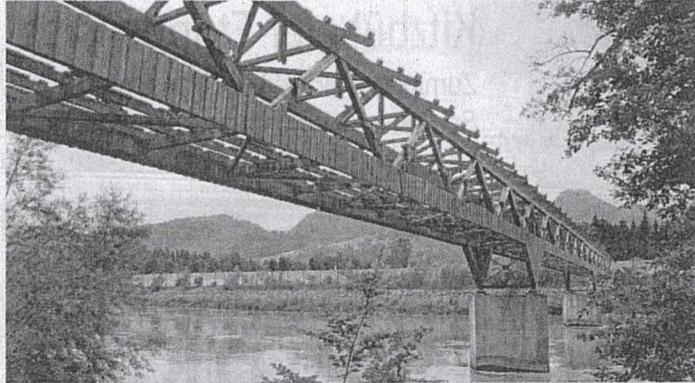
**Geld:** Das Land streckt dem Bund für 2022 und 2023 je 22 Mio. € für den Gehalts-Bonus vor – ausbezahlt soll im Herbst 2022 werden. Das neue Tiroler Paket (2022–2024) ist 27 Mio. € schwer und verteilt sich auf Pflegeentwicklung (7 Mio. €), pflegende Angehörige (6), Ausbildung (5), Kinderbetreuung (4), Entfall Studiengebühren (3), Einspringerbonus (1,5) und Übernahme SOB-Schulgeld (0,5).

**Hotline:** Mit 1. Juli soll bereits in der Abteilung Pflege im Landhaus ein „Pflegetelefon“ eingerichtet werden. Dieses soll Anregungen von Pflegekräften aufnehmen.

**Arbeitszeitverkürzung:** Die von Seiten der Gewerkschaft geforderte, wenngleich kontroversiell diskutierte Arbeitszeitverkürzung ist KEIN Teil des Tiroler Pakets.



Die Bundes- wie Landesregierung ist fest davon überzeugt, mit den jüngst beschlossenen Paketen dem Pflege-Notstand entgegenzuwirken. Foto: Böhm



Die Erlen Zollhausbrücke über den Inn ist desolat und musste gesperrt werden. Radler warten ungeduldig auf Ersatz.

Foto: Otter

## Neubau ersetzt Brückengerippe

**Erl** – Eine Dachsanierung sollte es werden, mittlerweile steht von der Erlen Zollhausbrücke nur noch ein Gerippe. „Wann geht’s endlich wieder rüber über den Inn nach Bayern?“, fragen sich bereits längere Zeit die Biker, die auf dem Inntalradweg unterwegs sind. Was ebenfalls zu einigem Erstaunen führte, war die Tatsache, dass kurz nach Abschluss der Dachsanierung die Brücke im Juli 2021 wieder geschlossen wurde, obwohl sie erst 30 Jahre alt war.

Damals seien bei einer routinemäßigen Überprüfung schwere Schäden an der 124 Meter langen überdachten Holzfachwerkbrücke festgestellt worden, heißt es seitens des Landes Tirol. Bald war auch klar, dass „eine grundlegende Sanierung der Brücke nicht zielführend umsetzbar ist, weshalb aktuell bereits die

umfassenden Planungen für eine neue Brücke auf Hochtouren laufen“.

Bei der neuen Brücke solle übrigens die erneuerte Dachdeckung der alten Brücke wieder verwendet werden. Dazu befinde man sich auch bereits in enger Abstimmung mit den zuständigen bayerischen Behörden. Je nach ausgewählter Baualternative, die von Ein- und Ausheben von Tiroler Seite bis zu beiden Landesteilen reicht, seien unterschiedliche Behördenverfahren notwendig.

Die Planungen sind voraussichtlich in den kommenden Wochen abgeschlossen. Gebaut kann frühestens im Herbst 2022 bzw. Frühjahr 2023 bei Inn-Niederwasser werden, wie das Land mitteilt. Die Kosten werden derzeit auf 1,7 Millionen Euro geschätzt. (wo)

# Lkw-Bremse an der Grenze lässt Bayern verzweifeln

Inntalgemeinden wollen dem Ausweichverkehr den Weg durch die Dörfer abschneiden. Kritik, aber auch Verständnis für Tiroler Maßnahmen.

Von Wolfgang Otter

**Neubeuern, Kufstein** – „Es reicht!“ Der Tenor bei der Informationsveranstaltung Mittwochabend im Auditorium der Beurer Halle in Neubeuern war eindeutig. „Immer wenn Tirol die Blockabfertigung hochfährt, versinken wir im Chaos“, ist von Bürgern zu hören. Neubeuerns erster Bürgermeister Christoph Schneider und Nußdorfs erste Bürgermeisterin Susanne Grandauer berichten von Schulbussen, die zweieinhalb Stunden Verspätung haben, oder von Senioren, die es nicht mehr wagen, die Straße zu überqueren, und von Rettungsautos, die im Stau stehen. Sobald an der Grenze die Blockabfertigung gilt und die Lkw bis zum Irtschenberg stehen, suchen die Fahrer Schlupflöcher und weichen auf niederrangige Straßen aus. Das Chaos ist übrigens sinnlos, denn ab Erl, der Tiroler Nachbargemeinde von Nußdorf, gibt es ein Lkw-Fahrverbot, daher müssen die Brummi-Kapitäne bei Brannenburg wieder auf die A93 und blockieren so ganz nebenbei dort die Einfahrten.

Im Auditorium gab es Kritik an Tirol, besonders an der „schikanösen Anzahl der Blockabfertigungen“, aber auch Verständnis, „dass der Platter (gemeint ist der Landeshauptmann, Anm.) die Bevölkerung schützen will. Aber warum schützt uns unsere Regierung nicht auch?“, lautete die lautstarke Kritik. Und es brauche eine große



Der Ausweichverkehr durch die Lkw-Blockabfertigung lässt in Bayern die Wagen hochgehen. CSU-Abgeordneter Klaus Stötter musste den Unmut über die bayerische Verkehrspolitik einstecken. Foto: Otter

Lösung des Transitproblems – spricht Verlagerung auf die Schiene und höhere Maut.

Die Gemeinden Nußdorf und Neubeuern haben jetzt durch das Verkehrsgutachten des Tiroler Büros von Klaus Schlosser den untragbaren Zustand dokumentiert. In Kürze erhalten auch die Gemeinden westlich des Inns ähnliche Expertisen. Damit bewaffnet, wollen die Inntal-BürgermeisterInnen zum Landratsamt marschieren und ein Fahrverbot für Transit-Lkw verlangen. Eines für Pkw oder Dosierampeln, wie

sie von Bürgerinitiativen gefordert werden, könnten der nächste Schritt sein.

Die Abfahrtsverbote dürften nicht leicht umsetzbar sein, meinte CSU-Abgeordneter Klaus Stötter, der dafür den Unmut der Zuhörer erntete. Er erinnerte daran, dass man gegen die Blockabfertigung auf EU-Ebene interveniere. Bürgermeisterin Grandauer hofft, mit dem Ausscheiden von Landeshauptmann Günther Platter „könnte sich auf höherer Ebene wieder eine entspanntere Ausgangslage für Gespräche ergeben“.



# „Sexuelle Übergriffe gibt es überall“

TT

28.06.2022

**Erl** – Christine Baur wurde im Frühjahr 2018 im Zuge der Causa Gustav Kuhn bei den Tiroler Festspielen Erl als Ombudsfrau für die Belegschaft neu installiert, als Anlaufstelle für Beschwerden aller Art. Und die vormalige Tiroler Soziallandesrätin (2013 bis 2018 für die Grünen) ist auch mehr als vier Jahre später unverändert in Amt und Würden. Arbeit gebe es für sie in Erl nämlich weiterhin, erklärt Baur der *TT*, wenn auch „vereinzelt und nicht massenhaft“. Eine von fünf Beschwerden habe sexuelle Belästigung zum Inhalt, so die Ombudsfrau.

Baurs Fazit im Lichte der neu aufgeflamnten #MeToo-Debatte (Artikel links) fällt ernüchternd aus: „Sexuelle Übergriffe gibt es überall, sie sind nicht ausgerottet. Es gibt keine Organisation auf der Welt und keinen Bereich des Lebens ohne sexuelle Übergriffe gegen Frauen.“

Die #MeToo-Debatte habe nach Ansicht Baur dazu geführt, dass die betroffenen Frauen (in manchen Fällen sind es auch Männer) darin bestärkt wurden, „sich zu wehren und Übergriffe zu melden“.

Baur ist studierte Juristin. Mit ihrer Ombudstätigkeit in Erl kehrte sie zu ihren beruflichen Wurzeln zurück: Vor der Politik baute sie die Tiroler Außenstelle der Gleichbehandlungsanwaltschaft auf. An diese Einrichtung in Innsbruck kann man sich bei jeder Form von erlittener Diskriminierung wenden, dazu zählen auch sexuelle Übergriffe (Info: [www.gleichbehandlungsanwaltschaft.gv.at](http://www.gleichbehandlungsanwaltschaft.gv.at)).

Nächste Instanz beim Vorgehen gegen sexuelle Belästigung ist die Gleich-

behandlungskommission im Bundeskanzleramt in Wien. Dort findet ein Verfahren samt Zeugenbefragung statt. Das Gutachten dieser Kommission dient als Beweis vor Gericht.

## Landestheater klärt auf

Beim mit Abstand größten Kulturbetrieb Tirols, dem Landestheater mit mehreren hundert Beschäftigten, setzt man beim Kampf gegen Mobbing und Diskriminierung am Arbeitsplatz auf verstärkte Bewusstseinsbildung „ab kommendem Herbst“. Eine Ombudsstel-



Foto: Thomas Böhm

„**Es gibt keine Organisation und keinen Lebensbereich ohne sexuelle Übergriffe gegen Frauen.**“

Christine Baur (Ombudsfrau der Tiroler Festspiele Erl)

lé à la Erl sei aber weder aktuell vorhanden noch pro futuro geplant, heißt es aus dem Haus am Rennweg.

Derzeit kann die Belegschaft des Theaters den Betriebsrat sowie je eine ärztliche oder psychologische Fachkraft mit Beschwerden befassen. Künftig werde mittels neuer Broschüre verstärkt über beratende Angebote informiert. Betroffene können sich dann „an interne bzw. externe Vertrauenspersonen wenden“. Das sei schon länger geplant und keine Folge der aktuellen #MeToo-Debatte. (*mark*)



Foto: Christof Birbaumer

Stefan Brugger bekommt Schützenhilfe von Andreas Leitgeb (NEOS), Georg Dornauer (SPÖ), Markus Abwerzger (FPÖ) und Liste Fritz-Markus Sint (v. li.).

## Wolf: Verein Weidezone & Opposition erhöhen Druck

15.000 Unterstützer zählt der Verein Weidezone, jetzt sind auch SPÖ, FPÖ, Neos und List Fritz dabei: Der Druck auf die VP steigt.

**D**ie heurige Almsaison ist schon gelaufen, wenn wir jetzt nichts unternehmen, dann wackelt auch die nächste und damit die ganze Tiroler Almwirtschaft! Stefan Brugger, Vorsitzender des Vereins Weidezone Tirol, ist um klare Worte nicht verlegen. Und er hat einen Ansatz in der Wolfsfrage, der von den Oppositionsparteien im Landtag unterstützt wird und nun – die Wahl lässt grüßen! – auch von der schwarz-grünen Landesregierung. Diese will aber Änderungen und den Plan als Allparteien-Antrag durchbringen, was aber der Opposition wiederum sehr missfällt. „Denn dann geht die ÖVP damit bei den

Bauern hausieren“, so die Befürchtung. Die Bauern sind wegen der bisherigen Lösungsversuche beim Wolf ziemlich sauer auf die ÖVP. „Der im Vorjahr mit 35 Mitgliedern gegründete Verein Weidezone bringt es auf 15.000 Unterstützer“, sagt Obmann Stefan Brugger. „Es gibt keinen Bauern, der nicht Angst um seine Herde hat.“ Die Regierung solle sich nicht länger hinter Normen und EU-Verordnungen verstecken, „sondern ins Tun kommen. Wir brauchen schnellere Beschlüsse – 24 Stunden bis zum Abschussbescheid – und eine Zonierung laut Berner Konvention.“

Zur Vermeidung von Schäden durch die wach-

sende Wolfs- und Bärenpopulation sollen per Landesgesetz Zonen ausgewiesen werden, in denen die Wildtiere vollständig geschützt sind, aber auch solche, aus denen sie entfernt bzw. bejagt werden können. Mit Stand 24. Juni stehen 43 tote Nutztiere zu Buche, im Vorjahr waren es 256.

Der Abschuss von Wolf & Bär sei in EU-Ländern wie Finnland, Schweden und Frankreich gang und gäbe, „selbst in Österreich werden seit 2017 Fischotter erlegt, die denselben Schutzstatus haben. Doch Wolf und Bär sind viel gefährlicher, sie sind intelligent und kommen Dörfern immer näher“, warnt Stefan Brugger. Philipp Neuner

# Photovoltaikoffensive steht in „Startlöchern“

**Regionalmanagement KUUSK bietet Rundum-Sorglos-Paket für Errichtung einer eigenen Photovoltaikanlage.**

JOHANNA BAMBERGER

BEZIRK. Die Region Kufstein und Umgebung, Untere Schranne – Kaiserwinkl (kurz KUUSK) beginnt mit der Umsetzung erster Maßnahmen aus dem kürzlich präsentierten Energieleitplan. Zur Steigerung der Eigenstromversorgung wurde die Photovoltaikoffensive „KUUSK-Solar“ gemeinsam mit den Pilotgemeinden Kufstein und Kössen gestartet. Weitere Gemeinden möchten den Photovoltaik-Ausbau ebenso vorantreiben.

Das Land Tirol will bis zum Jahr 2050 ein energieautonomes Bundesland werden. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Stromerzeugung unter anderem durch den Photovoltaik-Ausbau drastisch erhöht werden. Bis 2050 sollen 80 Prozent der Dächer in Tirol mit PV-Paneelen bestückt werden. In der Region KUUSK liegt die installierte Photovoltaikleistung noch deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt. Dem gegenüber haben die zwölf Gemeinden der Region jedoch ein überaus hohes Potential zur solaren Energieerzeugung.



Das Regionalmanagement Kufstein und Umgebung, Untere Schranne-Kaiserwinkl (KUUSK) startet eine Photovoltaikoffensive.

Foto: KUUSK

## Rundum-Sorglos-Paket

Um den PV-Ausbau in der Region zu beschleunigen, wird vom Regionalmanagement und der Klima- und Energiemodellregion KUUSK eine Photovoltaikoffensive für Privatpersonen gestartet. Die Gemeinden Kufstein und Kössen bieten ihren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit auf ein Rundum-Sorglos-Paket, von der Angebotslegung, über die Möglichkeit zum Ratenkauf, bis hin zur Errichtung und Förderabwicklung. Hierfür wurde eine eigene Koordinationsstelle beim Regionalmanagement eingerichtet, die mit den Stadtwerken Kufstein kooperiert. Partnerbetrieb ist das Elektronunternehmen StromvomDach aus Erl.

„Die massive Nutzung der Photovoltaik zur Energiegewinnung

ist einer der zentralen Bausteine zur Abwendung einer Klimakatastrophe“, betont Kufsteins Bürgermeister und stellvertretender Obmann des Leader-Vereins, Martin Krumschnabel.

In Kufstein ist der Aufschwung in der Bevölkerung deutlich zu spüren. Das Kontingent an Photovoltaikanlagen, das für die Stadtgemeinde reserviert wurde, ist praktisch ausgeschöpft.

Die Photovoltaikoffensive wird nun auf weitere KUUSK-Gemeinden ausgeweitet. So können sich ab sofort auch Bürgerinnen und Bürger aus den Gemeinden Ebbs, Langkampfen, Niederndorferberg und Schwendt an die Koordinationsstelle wenden.

Das Projekt wird durch das Land Tirol und die Europäische Union gefördert.

## BKH Kufstein braucht Finanzhilfe

Aufgrund der Teuerung ist das BKH mit enormen Mehrkosten konfrontiert.

**CHRISTOPH KLAUSNER**

BEZIRK. Gefühlt wird beinahe alles teurer. Das hat nun auch Auswirkungen auf die Finanzierungssituation des Kufsteiner Bezirkskrankenhauses. Das Budget für 2022 umfasste rund 110 Millionen Euro, wovon 7,8 Millionen Euro von den Gemeinden kamen. Nun steht im Raum, dass auf die Gemeinden des Krankenhausverbandes nächstes Jahr Mehrkosten von rund zwanzig Millionen Euro zukommen könnten. Verbandsobmann Rudolf Puecher ist dennoch zuversichtlich, dass hier eine gemeinsame Finanzierungsmöglichkeit mit dem Land gefunden wird, „immerhin ist jedem klar, dass das die Gemeinden nicht stemmen können“.

### Drei Problemzonen

Laut Puecher ist der Gemeinde-Anteil in den letzten Jahren immer leicht gestiegen. Inflati-

onsanpassungen seien in der Vergangenheit immer eingerechnet worden, das gehe nun allerdings nicht mehr. Zudem seien diese anteilmäßigen Beträge für das operative Geschäft verwendet worden, daher konnten auch kaum Rücklagen für solche Fälle gebildet werden.

Auf Nachfrage bestätigt die Krankenhausverwaltung, dass man sich aufgrund der Lage verpflichtet fühlte, sich mit einem Schreiben an das Land Tirol und an die Mitglieder des Gemeindeverbandes zu wenden. Grund für die Finanzierungslücke sind einerseits die Energiekosten. Der derzeitige Stromvertrag garantiert noch bis Ende des Jahres einen Preis von fünf Cent pro Kilowattstunde. Danach müsse man im schlimmsten Fall mit dem Zwanzigfachen rechnen, was zusätzlich acht Millionen Euro an Kosten verursachen könnte. Geht man davon aus, dass sich die Inflation von derzeit rund



**Verbandsobmann R. Puecher versucht zu beruhigen.**

Foto: BB Archiv

neun Prozent auch auf die Löhne und Gehälter niederschlägt, dann wird das Krankenhaus auch hier mit zusätzlichen acht Millionen konfrontiert sein. Und auch bei den Material- und Dienstleistungskosten könnten Erhöhungen von bis zu sechs Millionen Euro ins Haus stehen. Die tatsächlichen Kosten kann aufgrund der volatilen Preise derzeit niemand voraussagen. Im Worst Case weist das Budget allerdings eine Lücke von rund 22 Millionen Euro aus.

## „Wir gehen in die Generation der Nichtschwimmer“

Nach der Schließung der Wörgler Wasserwelten setzen sich Gabi Hausberger und Eva Dollinger weiter für eine ganzjährige Wasserfläche ein. Mit dem Team „Schwimmfreunde im Unterland“ warnen sie vor einer Generation der Nichtschwimmer.

„Jetzt fängt das dritte Jahr an ohne Schwimmfläche im Tiroler Unterland“, bringt es Hausberger bei einem Pressegespräch auf den Punkt. Geladen waren neben Bgm. Michael Riedhart (Wörgl), Bgm. Andreas Ehrenstrasser (Langkampfen) und Bgm. Sandra Madreiter Kreuzer (Angath) und den Bezirkskandidaten für die kommende Landtagswahl Astrid Mair, Birgit Obermüller und Iris Kahn auch der Langzeitpräsident des Tiroler Triathlonverbandes, Julius Skamen, sowie die Obfrau des Schwimmclubs



Eva Dollinger (li.) und Gabi Hausberger wollten von Bgm. Andreas Ehrenstrasser (2. v. l.) sowie Bgm. Michael Riedhart wissen, wann die Errichtung eines neuen Regionalbades realistisch sei. Foto: Wundara

Wörgl sowie Schriftführerin im Landesschwimmverband Tirol, Simone Aufinger.

### Betrifft alle Generationen

„Wir haben 20 Jahre den Bildungsauftrag erfüllt, es gab keinen Volksschüler in der 4. Klasse im Bezirk Kufstein, der nicht schwimmen konnte. Doch jetzt haben wir einen absoluten Notstand. Es gibt Klassen im dritten Schuljahr, wo von 22 Kindern lediglich fünf Kinder schwim-

men können“, warnt Hausberger. Auch GR Birgit Obermüller, Kufsteiner Volksschuldirektorin, merke bereits jetzt die fehlenden Schwimmkompetenzen bei den Kindern: „Schwimmen ist im Lehrplan verankert, es ist ein Bildungsauftrag. Und auch der gesundheitliche Aspekt ist ganz gravierend.“ Dazu hebt Obermüller den inklusiven Aspekt hervor: „Stark motorisch beeinträchtigte Kinder können sich im Wasser spüren. Diese Kinder brauchen diese Bewegungstherapie.“

Dass die fehlenden Schwimmflächen nicht nur die Kinder betreffen, sondern auch aus gesundheits- und gesellschaftlichen Gründen die Erwachsenen sowie die Senioren, darin waren sich alle einig. „Eine Schwimminfrastruktur ist auch eine präventive Gesundheitsvorsorge, die uns unter dem Strich Millionen ausgaben im Gesundheitswesen spart. Das muss man gegenüberstellen“, zeigt Kahn auf.

### Vereinssterben

„Es ist Zeit zum Anpacken“, fordert auch Eva Dollinger vom TRI Team TS Wörgl. Derzeit weicht der Verein ins Innsola nach Kiefersfelden sowie ins Atoll am Achensee aus. „Wir haben mit 80 Kindern an zwei Tagen eine Bahn in Kiefersfelden, das ist für den Leistungssport zu wenig“, ergänzt Dollinger. In den Freibädern seien aufgrund der zu geringen Wassertemperaturen keine zielführenden Übungen möglich. „Wir erleben seit der Wave-Schließung ein Vereins-

sterben. Im Wörgler Schwimmclub hatten wir 150 Mitglieder, jetzt sind es noch 30“, sagt Aufinger. „Wir liefern seit Jahren Begründungen - in ganz Tirol fehlen Schwimmflächen. Es reicht. Wir brauchen die Politik jetzt als Unterstützer“, poltert Skamen.

### Suche nach Lösung

„Das Wave ist ein Trümmerfeld. Wir müssen Fakten schaffen und an einem Strang ziehen, es muss ein Regionalbad kommen“, so Riedhart. Der Wörgler Stadtchef führte darüber bereits Gespräche mit LH Günther Platter sowie VP-Spitzenkandidat Anton Mattle - beide hätten grundsätzlich eine Unterstützung zugesagt. Vorstellbar wäre für Riedhart eine Zusammenarbeit mit dem Land Tirol, den Tourismusverbänden sowie den Umlandgemeinden. Neben Wörgl bringt Bgm. Andreas Ehrenstrasser auch Langkampfen als möglichen Standort für ein neues Regionalbad ins Spiel. Er habe bereits Kontakt zu einigen Schwimmbadbauern aufgenommen, dazu könnten in Langkampfen Synergien mit dem neu geplanten Sportzentrum genutzt werden.

Derzeit würden 2.500 m<sup>2</sup> an Wasserflächen fehlen. Um den Bedarf abzudecken, brauche es neben einem 50-m-Becken auch zwei 25-m-Becken. „Das können nur die Kommunen machen, idealerweise in Kombination mit der Wirtschaft.“

Im nächsten Schritt stellen Riedhart und Ehrenstrasser einen Antrag für eine Bürgermeisterkonferenz, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Auf die abschließende Frage von Hausberger, wann im Unterland mit einem neuen Schwimmbad gerechnet werden könnte, waren sich die beiden nicht einig. Für Ehrenstrasser wäre es realistisch, eine mögliche Planung in den nächsten eineinhalb Jahren abzuschließen, Riedhart geht von einer Planungszeit von drei bis vier Jahren aus.

## André Lomsky scheidet als TVB Kufsteinerland Geschäftsführer aus

Mit 30. September verlässt André Lomsky den TVB Kufsteinerland „aus privaten Gründen“. Dies gab der Vorstand und Aufsichtsrat am Montag, 19. September, bekannt.

Lomsky wurde erst bei der vergangenen TVB-Vollversammlung im November 2021 als Nachfolger von Sabine Mair präsentiert, mit 3. Jänner übernahm er die Geschäftsführung.

Bis zur Neueinstellung einer Geschäftsführung übernimmt die bisherige langjährige Stellvertretung Sabine Mair wiederum die touristischen Agenden. Der weitere Fahrplan soll lt. Obmann Georg Hörhager im Oktober präsentiert werden.



**André Lomsky** übernahm erst im Jänner die Geschäftsführung  
Foto: Wundara

Kufsteinblick,  
21. 09. 2022

## Nacht des Handwerks und Genusses: Niederndorfer Geschäfte öffneten Türen

Die traditionelle Nacht des Handwerks und Genusses, welche immer am zweiten Donnerstag im September stattfindet, war auch heuer wieder ein großer Erfolg. Am 8. September öffneten die Geschäfte von 16 bis 21 Uhr ihre Türen, präsentierten ihr Sortiment und gewährten Einblicke hinter die Kulissen.

Genuss-Stationen mit regionalen Produkten, verschiedenen Schmankerln, Hausgemach-

tem und außergewöhnlichen Köstlichkeiten luden zum Verkosten ein, abgerundet wurde das Programm mit Live-Musik, Tanzeinlagen von der Jugendtanzgruppe des Trachtenvereines „Spitzstoana Niederndorf“ sowie einem Kinderprogramm. Durchgeführt wurde dieser bunte Abend von der Niederndorfer Kaufmannschaft mit Unterstützung des TVB Kufsteinerland sowie dem Leaderprojekt Kaiserweis.



**Geselligkeit bei Schmankerln** vom Mitterthrey -Abhofvermarkter und bei Getränke Moser-Neururer  
Foto: Gudrun Kaltschmid

## BKH Kufstein leitet externe Untersuchung ein

Nach Bekanntwerden von diversen Vorfällen an der Abteilung für Psychiatrie im Bezirkskrankenhaus Kufstein wurde von der Krankenhausführung eine externe Untersuchung eingeleitet. „In der Zwischenzeit wurden 28 Befragungen und Interviews von der uns hinzugezogenen Rechtsanwaltskanzlei durchgeführt“, informiert BKH-Kufstein Verwaltungsdirektor Wolfgang Schoner. Eine Pflegekraft wur-

de mittlerweile entlassen. Die Krankenhausführung behält sich weitere, dienstrechtliche Schritte vor.

„Wir arbeiten hier sehr eng mit den Behörden zusammen“, so der Verwaltungsdirektor: „Uns ist wichtig, die wohnortnahe Versorgung unserer PatientInnen weiterhin aufrechtzuerhalten und dass diese auf menschlich und fachlich möglichst hohem Niveau stattfindet. Daher wollen wir wissen,

ob es neben den bekannt gewordenen Defiziten noch weiteren Verbesserungsbedarf gibt. Aus diesem Grund wurde zusätzlich ein unabhängiges Gutachterteam beauftragt, um die Abteilung umfassend zu evaluieren.“

### Externe Untersuchung

Das Team um den renommierten Arzt und Leiter der Psychiatrie und Psychotherapie am Bezirkskrankenhaus Hall, Univ.-Prof. Dr. Josef Marksteiner, hat bereits seine Tätigkeit aufgenommen. „Wir erwarten uns eine kritische Analyse des Ist-Zustands mit klaren Handlungsempfehlungen“, so Wolfgang Schoner. Ein erster Zwischenbericht wird bis Anfang Oktober erwartet und anschließend den Medien und der Öffentlichkeit vorgestellt.

**Nach dem Bekanntwerden** von diversen Vorfällen im BKH Kufstein wurde inzwischen eine Pflegekraft entlassen und eine externe Untersuchung angeordnet.

Foto: Pierzinger



BEZIRKSBLATT 14./15. Sept. 2022

## REGIONAUT DER WOCHE

# Jahreshauptversammlung 2021

Bergrettung Kufstein blickt auf 2021 zurück und ehrt langjährige Mitglieder.

 EBBS, KUFSTEIN. Nachdem die Jahreshauptversammlung der Bergrettung Kufstein und Umgebung für das Jahr 2021 pandemiebedingt aufgeschoben werden musste, ging sie am 5. September 2022 im Gasthof Sattlerwirt in Ebbs über die Bühne.

Der Ortsstelle gehören zurzeit 57 Mitglieder an. Obmann Gerald Radlherr und der Vorstand informierten über das abgelaufene Einsatzjahr. Kassier und Vorstand wurden nach Bericht der Kassaprüfer entlastet.

Im Jahr 2021 stemmte die Ortsstelle 82 Einsätze und leistete dabei 1960 Einsatzstunden. Schwerpunkte unter den insgesamt 13 Gemeinden im Einsatzgebiet stellten die Gemeinde Ebbs mit 20, Kufstein mit 14 und Thiersee mit 11 Ausrückungen dar. Der überwiegende Teil der Pa-

tientinnen und Patienten hatte sich eine Verletzung zugezogen (meist der unteren Extremitäten), fast einem Viertel der Einsätze lagen Gründe wie Erschöpfung oder Verirrung zugrunde und in sechs Fällen war der Tod von Menschen zu beklagen.

### Neuzugänge und Ehrungen

Um die steigenden Belastungen für die Ortsstelle bewältigen zu können, sind die Aufnahme und Ausbildung junger Bergretter von großer Bedeutung. Trotz erschwelter Ausbildungsmöglichkeiten in Zeiten von Pandemie und Lockdowns konnten in dieser Zeit sechs neue Bergretterinnen und Bergretter angelobt werden: David Gruber, Christina Ludwig, Christopher Ludwig, Luca Obermayer, Thomas Schmalzer, Elias Schwarz. Um die Arbeit der Ortsstelle



**Wolfgang Lackner und Thomas Schwarz wurden geehrt.** Foto: Köchler

kontinuierlich weiterzuführen, ist aber auch die Erfahrung langdienender Mitglieder von großer Bedeutung. Im Rahmen der JHV 2021 wurden ausgezeichnet: Bergretter Wolfgang Lackner für 50-jährige Mitgliedschaft und Bergretter Thomas Schwarz für 25-jährige Mitgliedschaft.

**von unserem Regionauten  
Bergrettung Kufstein**

# MFG präsentiert Liste für den Bezirk Kufstein

Die MFG geht im Bezirk mit Spitzenkandidatin Teresita Laner-Simmerstätter in die Tiroler Landtagswahl.

CHRISTOPH KLAUSNER



P. Larch, H. Saurer, M. Quaas, F. Hofbauer, T. Laner-Simmerstätter, R. Gstöttner und R. Schrof stehen als MFG-Kandidaten zur Wahl (v.l.).

Foto: MFG

BEZIRK. In knapp drei Wochen schreiten die Tirolerinnen und Tiroler wieder zur Wahlurne. Aus diesem Grund stellt die Partei Menschen-Freiheit-Grundrechte (MFG) ihre Listenkandidaten für den Bezirk Kufstein vor. Die Sozialpädagogin und Gemeinderätin Teresita Laner-Simmerstätter aus Angerberg tritt als Spitzenkandidatin an. Auf den weiteren Plätzen befinden sich Ferdinand Hofbauer (Pensionist, Breitenbach), Rudolf Gstöttner (Fahrlehrer, Söll), Monika Quaas

(Kaufm. Angestellte, Schwoich), Hannes Saurer (Bürokaufmann, GR Ebbs), Peter Larch (Maschinenbautechniker, GR Kramsach) und Richard Schrof (Bautechnischer Zeichner, GV Kirchbichl). Inhaltlich möchte die MFG mit einer Politik punkten, die sich für eine Abschwächung des sozialen Druckes einsetzt. Laut Partei werde dieser auf viele Kinder

und Erwachsene ausgeübt, die sich nicht gegen Corona impfen lassen wollen. Zudem will die MFG die Familie als zentrales Element der Gesellschaft stärken. Bei den Themen Beschäftigung, Teuerung, Regionalität, Umwelt und Verkehr will man sich ebenfalls einbringen und dabei auch für mehr Transparenz sorgen.

# Regional: Küche in BKH Kufstein ausgezeichnet

**Kufsteiner Krankenhaus-Küche erhält Auszeichnung für hohen Anteil an regionalen Lebensmitteln.**

**BARBARA FLUCKINGER**

KUFSTEIN. Regionalität ist für die Küche des BKH Kufstein bereits seit vielen Jahren gelebte Realität. Das bestätigt eine Auszeichnung des Agrarmarketing des Landes Tirol. Dieses hat die Kufsteiner Krankenhausküche für den hohen Anteil von Lebensmitteln aus Tirol gewürdigt. Dabei geht es darum, möglichst viele Lebensmittel aus regionaler Landwirtschaft einzusetzen. Ziel ist es, die heimischen Betriebe zu stärken und Mitarbeitern wie auch Patienten echte Tiroler Qualität anzubieten.

Diese Strategie beruht auf einer Initiative des Gemeindeverbandsausschusses. Das Nutzen von heimischen Produkten und kurze Transportwege sollen einen wesentlichen Beitrag zum Klima-, Natur- und Tierschutz leisten. Um sicherzustellen, dass alles seine Richtigkeit hat, überprüft darüber hinaus eine externe Kontrollstelle jedes Jahr alle Angaben zur Herkunft.

Dabei werden nicht nur die Patienten des Krankenhauses bekocht. Die BKH-Küchen-Mitarbeiter versorgen viele Menschen in der Region mit frischen Speisen. Auch die BKH-Mitarbeiter sowie die Auszubildenden des Pflege Campus Kufstein werden versorgt. Essen gibt es auch für Kinder aus regionalen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie Kunden von Essen auf



**Günther Widmoser und Josef Geißler (v.l.) freuen sich.**

Foto: BKH-Kufstein

Rädern der Nachbargemeinden. Pro Monat gehen also mehr als 45.000 Speisen höchster Qualität aus der Krankenhaus-Küche „hinaus“. Küchenchef Josef Geißler und sein Stellvertreter Günther Widmoser zeigten sich hocherfreut über die Auszeichnung. Diese ging heuer bereits zum sechsten Mal an die Kufsteiner BKH-Küche.

# Endspurt mit 670.000 Kilometern

„Tirol radelt“ hat auch heuer wieder viele Menschen zum Radfahren bewegt.

**CHRISTOPH KLAUSNER**

BEZIRK. Die Menschen in Tirol schwingen sich gerne auf das Fahrrad. Das zeigen die Zahlen der Initiative „Tirol radelt“: Insgesamt sind es über 6.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die rund 4,2 Millionen Kilometer bewältigt haben. Der Bezirk Kufstein trägt mit 874 Radlerinnen und Radlern aus 19 Gemeinden zu diesem Zwischenstand bei. Um auch noch das letzte bisschen herauszukitzeln, ruft die Klimaschutzinitiative von Klimabündnis und Land Tirol dazu auf, sich noch bis 30. September auf [tirol.radelt.at](http://tirol.radelt.at) anzumelden, die Kilometer einzutragen und mit etwas Glück bei der Preisverleihung zu gewinnen. „Die Initiative soll die Lust am Radeln fördern“, sagt Simone Profus von Klimabündnis Tirol, denn „jeder geradelte Kilometer spart CO<sub>2</sub> ein und leistet so einen Beitrag zum Klimaschutz und zu mehr

Lebensqualität in Tirol.“ Die Teilnehmer aus dem Bezirk Kufstein haben seit 20. März rund 670.000 Kilometer auf dem Fahrrad abgespult.

Mit dabei sind Menschen aus Alpbach, Angath, Angerberg, Bad Häring, Breitenbach am Inn, Brixlegg, Ebbs, Erl, Kirchbichl, Kramsach, Kufstein, Kundl, Langkampfen, Münster, Reith im Alpbachtal, Schwoich, Söll, Walchsee und Wörgl. Gemessen an der prozentuellen Beteiligung aus der Bevölkerung hat derzeit Bad Häring, gefolgt von Kundl und Kirchbichl, die Nase vorne. Die bereits gesammelten Kilometer können online noch nachgetragen werden. Via Handy-App geht das Kilometersammeln noch leichter. Einfach zu Beginn der Radfahrt aktivieren, den Rest übernimmt die Applikation via GPS-Tracking. Unter allen Teilnehmern, die mehr als 100 Kilometer erreichen, werden attraktive Preise verlost. Im Ver-



**Im Bezirk radeln Menschen aus 19 Orten bei der Aktion mit.**

Foto: Pix

gleich zu den anderen Bundesländer rangiert Tirol mit 6.000 Teilnehmern auf Platz 2. Interessant an der Initiative ist auch, dass die zurückgelegte Distanz nicht nur auf das Kilometer-Konto einer Person, sondern auch auf das einer Gemeinde, eines Betriebes, einer Schule oder eines Vereins verbucht werden kann. So wird nicht nur österreichweit um die Wette geradelt, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl im Ort, am Arbeitsplatz oder in der Schule gestärkt. In Tirol rufen 132 Gemeinden, 141 Betriebe, 26 Schulen und 58 Vereine zum Mitradeln auf.

## FUSSWALLFAHRT MARIA KIRCHENTAL

BEZIRK. Es wurde bereits zu einer kleinen Tradition – die Fußwallfahrt nach Maria Kirchentental. Start ist heuer am Sonntag, 2. Oktober, um 6 Uhr beim Musikpavillon Walchsee. Pfarrer Hangler wird den Pilgersegen geben. Die Wanderung erfolgt über Kössen und Erpfendorf nach Waidring. Nach ca. einer Stunde Mittagspause geht's weiter nach Lofer. Sollten jemandem die 42 Kilo-



meter zu weit sein, kann sie/er gerne nur einen Teil, die Vormittags- oder Nachmittags- etappe, machen. Eintreffen bei der Wallfahrtskirche ist um ca. 18 Uhr geplant, Pfarrer Hangler wird mit allen gemeinsam die Pilgermesse feiern. Die Rückfahrt sollte selbst organisiert werden. Kontaktperson bei Fragen: Hechenbichler Renate, Tel. 0676-841640619.

Foto: Gartner

### GF André Lomsky verlässt den TVB

KUFSTEIN. Der TVB Kufsteinerland hat bekannt gegeben, dass Geschäftsführer André Lomsky mit Ende September den Tourismusverband „aus privaten Gründen“ verlässt. Lomsky hat die Funktion zu Beginn des Jahres übernommen, nachdem der TVB zuvor längere Zeit einen Nachfolger für den nunmehrigen Kitzbüheler TVB-GF Stefan Pühringer gesucht hatte. Bis zur Neubesetzung der Geschäftsführung übernimmt die langjährige Stellvertretung Sabine Mair die touristischen Agenden des Kufsteinerlandes. Es gebe keinen Schuldigen, es war eine persönliche Entscheidung, die man akzeptieren müsse – auch wenn es nicht leicht falle, erklärt TVB-Obmann Georg Hörhager, der sich im Namen des Vorstandes und des Aufsichtsrates bei Lomsky für sein Engagement bedankt.



GF A. Lomsky verlässt aus privaten Gründen den TVB.

Foto: BB Archi

## Landtagswahl: VP verliert, FPÖ

Die Liste Anton Mattle Tiroler Volkspartei verlor bei der Landtagswahl vergangenen Sonntag, 25. September, auch im Bezirk Kufstein rund 10 % der Stimmen. Mit insgesamt 16.184 Stimmen (34,42 %) verliert die Bezirks-VP das zweite Grundmandat, Michael Jäger (Listenplatz zwei) zieht mit 2.870 Vorzugsstimmen in den Landtag ein und überholte damit Bezirksspitzenkandidatin Astrid Mair. Ebenfalls ein Grundmandat erreichte der Be-

zirksspitzenkandidat der FPÖ, Kramsachs Bgm. Andreas Gang (10.409 Stimmen bzw. 22,14 %). In seiner Heimatgemeinde erreichte die FPÖ 30,07 %, auch in den beiden Nachbargemeinden Münster (27,78 %) und Radfeld (31,88 %) holten die Freiheitlichen die meisten Stimmen.

Ebenfalls im neuen Landtag vertreten ist SPÖ-Bezirksspitzenkandidat Christian Kovacevic. Zwar wurde das Direktmandat über den Bezirk verfehlt (7.612



Michael Jäger (ÖVP)



Andreas Gang (FPÖ)

## zweitstärkste Kraft im Bezirk

Stimmen bzw. 16,19 %), über den Listenplatz sieben auf der Landesliste schafft der Wörgler Stadtrat den Einzug trotzdem knapp.

Weiters zieht die Kufsteiner Gemeinderätin Birgit Obermüller über den zweiten Platz auf der NEOS-Landesliste in den Landtag ein. Im Bezirk erreichten die NEOS 6,29 % bzw. 2.958 Stimmen.

Die Liste Fritz konnte im Bezirk 4.217 Wähler (8,97 %) überzeugen, Spitzenkandidatin Ga-

brile Madersbacher verpasste den Einzug in den Landtag als Viertgerihte auf der Landesliste jedoch knapp. Die Grünen mussten auch im Bezirk Verluste hinnehmen (4.099 Stimmen bzw. 8,72 %), der Walchseer Georg Kaltschmid verpasste den Einzug in den Landtag ebenfalls als Vierter auf der Landesliste. Bis auf Kramsach, Münster und Radfeld (FPÖ) sowie Bad Häring (SPÖ) holte die Tiroler Volkspartei in allen Gemeinden im Bezirk die meisten Stimmen.



Christian Kovacevic (SPÖ)



Birgit Obermüller (NEOS)

# Kindergärten im Fokus der NEOS

**Wien** – Die NEOS feiern den 1. Mai – wie schon die Jahre zuvor – als „Tag der Bildung“. Im Fokus standen gestern die Kindergärten. Sie fordern höhere Investitionen in die Elementarpädagogik und sehen die Bundesregierung gefordert. Bei einer Pressekonferenz am Sonntag sagte Bildungssprecherin Martina Künsberg Sarre, der Kindergarten solle „keine Betreuungs-, sondern die erste Bildungseinrichtung sein“. „Wir glauben, dass der Kindergarten die Startrampe für unsere Kinder ist“, so Künsberg Sarre. Kinder würden jeden Tag viel lernen und daraus würden viele Chancen entstehen. Um diese zu nutzen, brauche es aber ein entsprechendes Angebot, betonte die NEOS-Bildungssprecherin. Bei einer Tour durch die Bundesländer habe sie Einblicke in die Problemfelder bekommen: „Die Mitarbeitenden sind sehr motiviert, aber die Gruppen sind zu groß.“ Man müsse sich bemühen, die Pädagoginnen und Pädagogen im Beruf zu halten und gleichzeitig neues Personal zu ge-

winnen. Dazu braucht es laut Künsberg Sarre mehr finanzielle Mittel vom Bund.

Für Wiens Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr ist das quantitative Angebot an Kindergartenplätzen in der Hauptstadt bereits ausreichend. Nun ginge es darum, die Qualität zu verbessern. „Die Folgen guter Pädagogik für das weitere Leben sind massiv, Investieren lohnt sich“, sagte der Bildungsstadtrat. In Wien habe man die Stellen für Sprachförderung im Kindergarten erhöht. Ab September würden die Assistenzkräfte verdoppelt werden. Die Stadtregierung mit NEOS-Beteiligung hätte also Maßnahmen ergriffen. Für große und langfristige Verbesserungen sieht aber auch Wiederkehr den Bund in der Verantwortung.

Unterstützt wurden die NEOS von der Neurobiologin Isabella Sarto-Jackson: „Bildungsarbeit ist Beziehungs- und Bindungsarbeit.“ Für die Wissenschaftlerin sind die sozialen Faktoren bei der Entwicklung des Gehirns enorm wichtig. (APA)

TT, 25.22

# Mauer des Schweigens „muss endlich brechen“

Das Antikorruptionsvolksbegehren läuft bis Montag. Zentrales Anliegen ist die Abschaffung des „absurden“ Amtsgeheimnisses.

**Durch das Amtsgeheimnis wird politische Korruption ermöglicht. Die Parteien wollen sich nicht in die Karten blicken lassen.**

Michael Ikrath, Ex-ÖVP-Politiker und Mitinitiator des Volksbegehrens



Foto: Gerhard Baurtel

wissen, wo ihr Geld hinfließt.“ Und natürlich brauchen auch die Medien die Infos zur Kontrolle der Mächtigen.

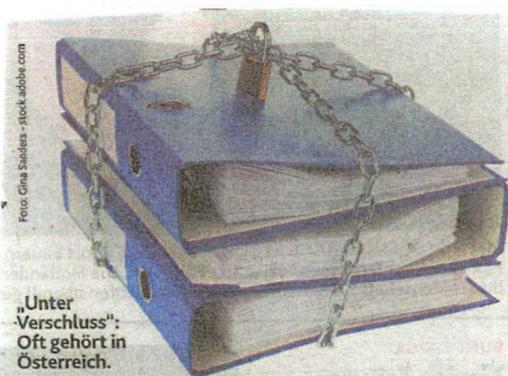
1987 verankerte man die Auskunftspflicht für Behörden in der Verfassung. „Allerdings nur so weit, als nicht eine Verschwiegen-

heitspflicht besteht. Grotesk“, sagt Ex-ÖVP-Politiker Ikrath. Nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“

Türkis-Grün hat im Regierungsprogramm die Abschaffung des Ärgernisses festgeschrieben. Auch Ikraths Mitsstreiter Heinz Mayer ist skeptisch, was die Umsetzung betrifft. „Ich höre das seit 40 Jahren. Außer Lippenbekenntnissen gab es

nichts.“ In Europa werde dies mit Verwunderung registriert, sagt Ikrath.

Die zuständige Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) hat im Februar 2021 ein Transparenzpaket vorgelegt. Es soll der Verfassungsänderung dienen. Ikrath und Verfassungsjurist Mayer kritisieren: „Der Entwurf ist zahllos. Es gibt es keine Schiedsstelle. Keinen, der bei Konflikten zwischen Auskunftsuchenden und Behörde entscheidet.“ Mayers Fazit: „Die ÖVP will das Amtsgeheimnis nicht abschaffen.“ Man rede sich auf die Länder und Gemeinden aus, dabei müsste der Bund vorlegen. „Und die Grünen verstecken sich hinter dem Koalitionspartner. Es ist bizarr.“ Erich Vogl



„Unter Verschluss“: Oft gehört in Österreich.



### EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die Verteidigungsministerin will einen historischen Pakt mit den USA unterzeichnen. Wahrscheinlich geht es darum, dass wir die Amerikaner im Angriffsfall verteidigen.

**Es** ist ein österreichisches Spezifikum der speziellen Sorte. Das Amtsgeheimnis. Einzigartig in der EU. „Es ist absurd und muss endlich weg. Stattdessen brauchen wir in der Verfassung ein Informationsfreiheitsgesetz“, sagt Michael Ikrath, Mitinitiator des Volksbegehrens. Einer der zentralen Punkte ist das Aus für das Amtsgeheimnis. „Es ermöglicht politische Korruption. Alle zwei Wochen kommen neue Grauslichkeiten hervor. Österreich stürzt in Rankings ab.“ Mit dem Brechen der Mauer des Schweigens würde Korruption wesentlich reduziert werden. „Alles, was öffentliche Stellen tun, ist mit Steuergeld finanziert. Die Menschen haben das Recht zu

# Nach langem Warten: Endlich

**Pflegepaket soll mehr Gehalt für Pflegekräfte, Unterstützung für pflegende Angehörige und Anreize, um Beruf zu ergreifen, bringen**

**K**aum eine Reform wurde von den unterschiedlichsten Regierungen so oft angekündigt wie die der Pflege – gekommen ist sie viele Jahre nicht. Und das, obwohl die Pflege längst selbst ein Pflegefall ist: Das Personal fehlt genauso wie das Geld, kaum jemand will sich den Beruf noch antun, Corona hat die Situation dramatisch verschärft. Pünktlich am „Tag der Pflege“ legte die türkisgrüne Regierung – konkret Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) sowie die Klubobleute Sigrid Maurer (Grüne) und August Wöginger (ÖVP) – die Reform vor. Ein Überblick, was das eine Milliarde Euro schwere Paket künftig bringen soll.

• **Pflegeberuf:** Allen im Pflegebereich Beschäftigten winkt eine Gehaltserhöhung in Form eines monatlichen Bonus. Zugesichert ist dieser für die Jahre 2023 und 2024. Der Bonus soll ein zusätzliches Monatsgehalt pro Jahr bringen. Zudem sollen Pflegekräfte ab dem 43. Geburtstag eine Entlastungswoche erhalten.

• **Ausbildung:** Wer eine Ausbildung im Pflegebereich macht, erhält künftig einen Ausbildungszuschuss von mindestens 600 Euro pro Monat. Höher soll die Förderung für Berufsumsteiger und für -wiedereinsteiger ausfallen: Sofern diese eine vom AMS geförderte Ausbildung machen, soll es ab 1. September 2023 ein „Pflegestipendium“ von mindestens 1400 Euro pro Monat ge-

## DIE ECKPUNKTE DER PFLEGEREFORM

### GEHALTSERHÖHUNG

**Gehaltserhöhung** für alle Beschäftigten – voraussichtlich in Form eines monatlichen Bonus. Für die Jahre 2023 und 2024 stellt der Bund **520 Millionen Euro** zur Verfügung. Für den Einzelnen soll dies etwa jährlich ein zusätzliches Monatsgehalt bringen.

### AUSBILDUNGSZUSCHUSS

**Während der Ausbildung** im Pflegeberuf soll jeder einen Zuschuss von **600 Euro** im Monat erhalten. Umsteiger bzw. Wiedereinsteiger bekommen ein höheres Pflegestipendium von **1400 Euro** im Monat.

### ANGEHÖRIGEN-BONUS

Geschaffen wird weiters ein **Angehörigen-Bonus** von **1500 Euro** jährlich für jene Familienmitglieder, die den größten Teil der Pflege zu Hause leisten und selbst- oder weite-versichert sind.

Krone KREATIV | Quelle: Sozialministerium | Foto: stock.adobe.com/MISS



Bis zum Jahr 2030 braucht es 100.000 Menschen mehr, die den Pflegeberuf ergreifen

ben. Als Modellversuch wird ab dem Schuljahr 2023/24 die Pflegelehre eingeführt.

• **Angehörige:** Pflegende Angehörige sollen ab dem Jahr 2023 unter bestimmten Voraussetzungen einen „Angehörigenbonus“ in Höhe von 1500 Euro erhalten. Der Rechtsanspruch auf Pflegekarenz soll von einem Monat auf drei erhöht werden.

• **Pflegebedürftige:** Beim Pflegegeld wird es für Menschen mit schweren psychischen Behinderungen und für Demenzerkrankte eine Verbesserung geben. Der Wert des Erschwerniszuschlages wird von 25 auf 45 Stunden pro Monat erhöht.

Das Paket bringe eine „massive Attraktivierung des Pflegeberufs“, meinte

Rauch. Wöginger sah „einen großen Wurf“. Maurer sprach von der „größten Reform seit Jahrzehnten“.

Auch Gewerkschaften, Arbeiter- und Wirtschaftskammer, Sozialwirtschaft, Volkshilfe, Caritas, Rotes Kreuz, Senioren- und Gemeindebund äußerten sich lobend, die Oppositionsparteien taten dies teilweise. Sie

# mehr Geld für die Pflegekräfte



Grünen-Klubobfrau Sigrid Maurer, Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) und ÖVP-Klubobmann August Wöginger

Foto: www.picturedesk.com

## Neues Hundehaltegesetz

Ich gehe konform damit, dass gegen jede Art von Animal Hoarding vorgegangen werden muss. Der Satz: „Jeder Hund braucht eine Familie, aber nicht jede Familie einen Hund“ trifft es ge-

nau. Zu viele Hunde werden unüberlegt angeschafft, lassen sich aber nicht wie ein Fahrrad oder ein Tennisschläger in eine Ecke stellen. Ein Hund braucht nicht nur Futter, sondern auch Be-

Bisher konnten Hundefreunde sich unkompliziert ein Tier anschaffen. Ob jemand dafür geeignet war oder nicht, wurde mit Ausnahme der sogenannten Listenhunde nicht überprüft. Eine Novelle des niederösterreichischen Hundehaltegesetzes könnte jetzt Änderungen bringen.



Foto: KITHALHOFER

schäftigung und Zuwendung. Ich bin seit meiner Kindheit Hundebesitzerin und Tierschützerin und setze mich auch aktiv ein, aber jetzt pro Haushalt nur noch drei Hunde zuzulassen ist Nonsense, totaler Schwachsinn. Hat da keiner weitergedacht? Was wird aus einem Hund oder auch mehreren in einer Familie, die über der Dreierbeschränkung liegt? Einschlafen? Welche Tragödien würde das auslösen, bei den Besitzern, aber vor allem bei Kindern? Tierheim? Die sind ohnehin schon überfüllt. Oder richtet man dann, wie in anderen Ländern, Tötungsstationen ein?

Ich finde die Idee eines Hundehalterkurses oder Ähnlichem durchaus diskussionswürdig, man könnte vielen Hunden dadurch Leid ersparen. Wie ist das mit Kastrationspflicht für freilaufende Hunde? Ich kenne Bauernhunde, die jedes Jahr Junge bekommen, weil der Besitzer uneinsichtig ist, seine Hündin kastrieren zu lassen. Wie ist das mit der Chip- und Registrierungspflicht? Wieso landen Hunde in Tierheimen, die gechippt, aber nicht registriert sind? Solche „Gesetze“ brauchen praxisbezogene Menschen, keine, die solche Ideen am Schreibtisch erarbeiten und dann umsetzen wollen. Manchmal klaffen Theorie und Praxis weit auseinander. Christa Frohner, Kapelln

TT, 12.05.2022

## Busweise illegal Müll am Thierberg entsorgt

**Kufstein** – Bei Forstarbeiten wurde in Kufstein eine illegale Müllkippe entdeckt. Im Bereich des Thierbergs, nahe dem Längsee, trafen die Arbeiter auf eine beachtliche Menge an Abfall: Insgesamt sollen es laut Auskunft der Stadtgemeinde Kufstein 200 Kubikmeter sein, das entspricht etwa zweieinhalb prall gefüllten Omnibussen.

Der Abfallentsorgungsverband spricht von Hausmüll,

der im Wald abgelagert wurde. Passiert sein soll dies bereits vor einem längeren Zeitraum, vermutlich vor zehn bis 15 Jahren.

„200 Kubikmeter Müll illegal im Wald zu entsorgen ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat – hier handelt es sich um einen schweren Verstoß gegen die gültigen Umweltgesetze und wenn es eine Chance gibt, den Verursacher dafür zur Verantwortung zu

ziehen, dann werden wir diese Chance nutzen. Wer so etwas tut, nimmt die bewusste Schädigung unserer Kultur- und Naturräume in Kauf“, ärgert sich Umwltreferent Thimo Fiesel.

Die Stadt erstattet nun Anzeige gegen unbekannt, die Sache dürfte ein Fall für den Staatsanwalt werden. Die Chancen, dass der oder die Täter nach so langer Zeit noch gefunden werden kann,

sind jedoch nur gering.

In die Tasche greifen muss dafür die Öffentlichkeit: Akute Gefahr bestehe zwar keine, die Stadtgemeinde will die Deponie im Grünen aber ehestmöglich sanieren, wie sie mitteilt. Ob dafür auch der Waldboden behandelt werden muss, ist noch offen. Man rechnet jedenfalls mit Kosten im mittleren bis höheren fünfstelligen Euro-Bereich. (TT, jazz)



In einem Waldstück am Thierberg stießen Forstarbeiter auf eine illegale Müllhalde. Sie soll bereits zehn bis 15 Jahre alt sein. Foto: Stadtgemeinde Kufstein

TT, 12.05.2022

# Heizkostenzuschuss verdoppelt

Im Kampf gegen die Teuerung erhöht die Stadt Innsbruck den Zuschuss für die jüngste Heizperiode rückwirkend auf 100 Euro. FPÖ fordert Amtsführung im Stadtsenat ein.

**Innsbruck** – Trotz der aktuell sommerlichen Temperaturen denken viele Menschen wohl schon mit Sorge an die nächste Heizsaison – vor allem jene, die bereits bisher mit den hohen Kosten zu kämpfen hatten. Um sie zu entlasten und die Teuerungsdynamik abzufedern, hat der Innsbrucker Stadtsenat gestern einstimmig einen Antrag von Vize-BM Hannes Anzengruber (ÖVP) angenommen: Rückwirkend für die Heizperiode 2021/22 wird der Heizkostenzuschuss von 50 auf 100 Euro angehoben. Insgesamt profitieren davon laut Anzengruber 1945 Innsbrucker Haushalte. Die Anträge werden in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt über das Tiroler Hilfswerk abgewickelt – dies ist ohne großen Aufwand möglich, weil die Auszahlung für die abgelaufene Heizsaison ohnedies noch nicht abgeschlossen ist.

Der nötige Gemeinderatsbeschluss soll bereits nächste Woche fallen. Auch die SPÖ sieht damit eine eigene Forderung umgesetzt: „Die Menschen brauchen jetzt schon eine Verdoppelung der Heizkostenzuschüsse, nicht erst im nächsten Jahr“, sagt StR Elisabeth Mayr (SPÖ). „Deshalb haben wir im April-



Die rückwirkende Zuschuss-Erhöhung macht einen Budgetnachtrag von 90.000 Euro nötig. Symbolfoto: maggi/Sven Simon

Gemeinderat eine dringende Anfrage dazu eingebracht und die Forderung, dass die Verdoppelung auch rückwirkend für den Heizwinter 2021/22 gilt, für das Teuerungspaket vorgeschlagen.“

Weitere Schritte gegen die Teuerung müssten nun rasch folgen, ergänzt Anzengruber: Er verweist auf einen gemein-

samen dringenden Antrag von ÖVP, FI und FPÖ, der im letzten Gemeinderat einstimmig angenommen wurde. Dort wurde zur Entlastung der InnsbruckerInnen ein Finanzvolumen von 2,3 Millionen Euro vorgeschlagen. BM Georg Willi (Grüne) sei nun gefordert, dieses geplante städtische Abfederungspaket

bis zum Juni-Gemeinderat mit allen Beteiligten abzustimmen.

Die FPÖ erneuert ihre Forderung nach einer **Amtsführung im Innsbrucker Stadtsenat**: Wie berichtet, könnte das Land Tirol per Änderung des Innsbrucker Stadtrechts Stadträte ohne Portfolio jederzeit abschaffen

– dies hat der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts jüngst in einer Stellungnahme klargestellt. Vize-BM Markus Lassenberger und StR Rudi Federspiel (FPÖ) würden laut eigenen Angaben jedenfalls bereitstehen: Doch BM Willi unterbinde „aus ideologischen Gründen jegliche Mitarbeit“. Auch die SPÖ blockiere hier massiv. „Durch eine Änderung im Stadtrecht wäre der Missstand nicht amtsführender Stadträte umgehend erledigt“, betont Lassenberger, der sich, im Zivilberuf Polizist, selbst für Sicherheit und Straßenbetrieb ins Spiel bringt.

Ein wichtiges Projekt aus dem städtischen „Masterplan Rad 2030“ – eine Verbindung der Sternwartestraße mit dem Großen-Gott-Weg in Hötting – wird laut dem Büro von Verkehrsstadträtin Uschi Schwarzl (Grüne) „dieses Jahr nicht weiterverfolgt“. Vorrang hätten momentan der Radweg am Südring und innerstädtische Rad-Verbesserungen. Vor einer möglichen Umsetzung werde sich die Stadt zudem darum bemühen, vor Ort Befürworterinnen und GegnerInnen des Radrouten-Projekts in Hötting zusammenzubringen. (TT, ml)

# Eine Million teurer als geplant

Das Sozialzentrum Kössen-Schwendt wird wegen der Teuerungen am Bau statt 16,5 Mio. Euro 17,5 Mio. kosten. Besonders unerfreulich für die kleine Gemeinde Schwendt.

Von Michael Mader

**Kössen** – Pünktlich am 10. Jänner sind laut Gemeindeformation im Sozialzentrum Kössen-Schwendt wieder die Bauarbeiten gestartet worden. Läuft alles weiter wie vorgesehen, können mit November oder Dezember bereits die Umzugswagen anrollen und das Weihnachtsfest 2022 kann schon im neuen Haus gefeiert werden, heißt es dort.

Auf dem Mesnerfeld in Kössen entstehen derzeit 40 Einzelzimmer für die Pflege und acht bis elf Einheiten für betreutes Wohnen. Zudem sind Räume für den gemeinsamen Sozialsprengel Kössen-Schwendt und eine Arztpraxis vorgesehen. Fast 7000 Quadratmeter des 9000 Quadratmeter großen Grundstücks, das sich im Besitz der Gemeinde befindet, werden durch das zweigeschoßige Gebäude verbaut. 2000 Quadratmeter bleiben frei.

Kössens Bürgermeister Reinhold Flörl hoffte beim Spatenstich noch, dass ein weiterer praktischer Arzt in die Gemeinde geholt werden könne. Jetzt ist es sogar gelungen, die Arztpraxis von 150 auf 300 Quadratmeter zu



Das neue Sozialzentrum Kössen-Schwendt soll Ende des Jahres bezugsfertig sein.

Foto: Gemeinde Kössen

verdoppeln, weil hier in Zukunft gleich zwei Ärzte einziehen werden.

Allerdings haben sich die Kosten für das Sozialzentrum ziemlich erhöht: War man

ursprünglich von einer Summe von 16,5 Millionen Euro netto ausgegangen, wird das Bauwerk jetzt über eine Million Euro teurer. „Wir kämpfen gegen die Situation, wie die

anderen Gemeinden auch“, sagt Flörl. Mitten in den Bauarbeiten sei eine Teuerungswelle über die Baubranche hereingebrochen. Flörl: „Wir haben aber noch Glück. Zum

einen wurden viele Gewerke noch davor ausgeschrieben und die Baumeisterarbeiten vergeben, zum anderen sind unsere Architekten sehr flexibel und haben geschaut, wo noch Kosten eingespart werden können.“ Allerdings kostete das auch sehr viel Zeit und Energie. Ein Teil der Preissteigerung sei auf Adaptierungen und Verbesserungen zurückzuführen.

Möglich ist der Großbau allerdings nur durch entsprechende Fördermittel. Mehr als fünf Millionen Euro kommen vom Land, zusätzlich 4,5 Millionen Euro aus dem Wohnbauförderungstopf. „Da sind wir sehr gut bedient und die Aufsichtsbehörde hat die Kostenüberschreitung von rund einer Million bereits abgesegnet“, weiß Flörl zu berichten.

Auch wenn die wesentlich kleinere Gemeinde Schwendt nur 20 Prozent der Investitionskosten übernehmen muss, bedeutet auch die nunmehrige Kostenüberschreitung theoretisch Mehrkosten von 200.000 Euro. Für Schwendt ist so eine Summe zusätzlich kaum zu stemmen. Jetzt hofft man jedenfalls auf weitere Zuschüsse durch das Land.

# „Das Bild der singenden und spielenden Tante ist gestrig“

Nächste Woche gehen die Elementarpädagogen gleich an zwei Tagen mit Protesten auf die Straße. Nach der Pflege fordern auch sie bessere Arbeitsbedingungen.

Von Liane Pircher

**Innsbruck** – Alle reden von der ganzjährigen, flächendeckenden Kinderbetreuung – wenn möglich mit Rechtsanspruch für die Eltern auf einen Betreuungsplatz. Schließlich braucht die Wirtschaft erwerbstätige Eltern. Abseits vom Kompetenzwettbewerb, der in Österreich bei der Kinderbetreuung herrscht, hat das Land Tirol zuletzt die Novelle nachgebessert, jetzt gibt es über 18 Mio. Euro mehr für die Betreiber. Ist damit alles eitel Wonne? – Nein, sagen

Vertreterinnen der Elementarpädagogik in Tirol: „Wenn Politiker auf bereits getätigte Maßnahmen hinweisen, reden fast alle vom Ausbau der Betreuung und von Fördersummen für eine ganzjährige

und ganztägige Betreuung. Verdrängt wird aber, was wir brauchen, um eine hochwertige Bildung und Begleitung der Kinder in den wichtigen frühen Jahren bewerkstelligen zu können. Mit den derzeitigen

Rahmenbedingungen können wir unserer modernen Rolle als Bildungseinrichtung nicht gerecht werden. Es geht um mehr als nur um Plätze“, sagt Melanie Spangler, Obfrau des Berufsgruppenverbandes BEB Tirol.

Im öffentlichen Bewusstsein nehme man ElementarpädagogInnen nach wie vor als „spielende und singende Tanten“ wahr. Dieses Bild war gestern. Es müsse endlich in die Köpfe, dass es mittlerweile darum geht, einen Bildungsauftrag zu erfüllen. Es geht um indi-

viduelle Bedürfnisse und Lernprozesse. Man müsse immer häufiger z.B. auch Defizite in der Sprachentwicklung abdecken – nicht nur bei Kindern mit Migrationshintergrund, auch bei einheimischen. Je mehr Kinder, desto schwieriger. Tirol rühmt sich zwar damit, österreichweit den besten Schnitt von „nur“ 20 Kindern pro Kindergartengruppe zu haben – in Vorreiterländern wird aber mit 1:8 gearbeitet. Um der Politik bewusst zu machen, was es braucht, geht man deshalb am Donnerstag, dem 19. Mai, wieder auf die Straße. Die Demo wird ab 17.30 Uhr vor dem Landestheater abgehalten. Einen Tag später, am Freitag, wird es überhaupt einen Protesttag für „Care-Arbeiter\*“ (Sorgearbeit) in mehreren Städten Österreichs geben – auch in Innsbruck: „Wir wollen sichtbar machen, dass die Gesellschaft ohne Care-Arbeit nicht funktionieren würde. Das leisten hauptsächlich Frauen unter schlechten Bedingungen. Das muss sich ändern“, sagt Raphaela Keller, eine der Initiatorinnen.

„Unsere Bildungsarbeit und das neue Rollenbild müssen ins Zentrum aller Diskussionen rücken.“

Melanie Spangler  
(BEB Tirol, Berufsgruppenverband)

„Es kann nicht sein, dass wir die meiste Sorgearbeit leisten und das zu schlechten Bedingungen. Es muss sich mehr verändern.“

Raphaela Keller  
(Aktivistin für „Care-Arbeit“)



Es ist nicht das erste Mal, dass Hunderte Elementarpädagogen auf die Straße gehen.

Foto: Böhm

# Mit Kommissar DNA Kampf gegen

Die Österreicher und ihre Haustiere. Wir lassen uns unsere Lieblinge Hunderte Millionen Euro kosten. Mittels Hightech-Methode sollen nun schwarze Schafe unter den Tierhaltern gestraft werden.

**N**ein, es bringt kein Glück, wenn man in Hundstrümmern steigt! Es ist unhygienisch und stinkt gewaltig. Trotzdem bringt eine Minderheit der Hundehalter in Österreich es trotzdem nicht zustande, den Hundekot ihrer Lieblinge korrekt zu entsorgen und die Mehrheit der Herrln und Frauerln in der Alpenrepublik in Verruf. Zur Erinnerung: Das Hunde-Gackerl gehört in ein Sackerl und das in einem Mistkübel deponiert!

Die italienische Vorzeigeregion Südtirol kennt die Problematik ebenso, doch sie beschreitet einen neuen Weg: Kommissar DNA ist bei unseren südlichen Nachbarn gegen Gackerl-Sünder im Einsatz! Aus offen herumliegenden Hinterlassenschaften werden DNA-Proben entnommen, diese in einem La-

bor ausgewertet. Die Ergebnisse können gechippten Vierbeinern in Folge zugewiesen werden, und die Hundehalter werden dann zur Kasse gebeten.

Auch hierzulande mehren sich die Stimmen, mit DNA-Spuren und saftigen Strafen von bis zu 70 Euro den Kampf gegen die Hundstrümmel-Plage aufzunehmen. „Ganz einfach, weil es dem Verursacher-Prinzip gerecht wird“, sagte etwa Stefan Szirucsek, der Bürgermeister von Baden (NÖ), im Gespräch mit der „Krone“ (s. Interviewre.).

Das Südtiroler-Modell findet der Stadtchef aus Niederösterreich ideal fürs ganze Land. Szirucsek weiter: „Wir haben letztes Jahr die Ministerin angeschrieben in der Causa. Das Umweltministerium ist dafür zuständig und hat unsere Resolution aus



unserem Gemeinderat vom Juni des Vorjahres erhalten. Bis jetzt haben wir noch keine Rückmeldung erhalten, aber wir werden vor dem Sommer nachfragen.“

Auch in Tirol ist Josef Hechenberger, Präsident der Landwirtschaftskammer, das Hundekot-Problem ein Dorn im Auge: „Es ist in Wiesen

und auf Almen nicht nur ärgerlich und unappetitlich, sondern auch für Kühe gefährlich wegen der Krankheitsreger, die in das Futter gelangen.“ Hechenberger hat das Südtiroler-Modell schon mit Kollegen „diskutiert“.

Viele Hundehalter, die den Kot ihrer Lieblinge korrekt entsorgen, schütteln ob die-

2 MIO.  
DIE BELIEBTESTEN  
HAUSTIERE IN  
ÖSTERREICH  
ANZAHL NACH  
TIERARTEN 2020



## DIE ÖSTERREICHER UND IHRE HAUSTIERE

Krone KREATIV | Quelle: Statista | Fotos: stock.adobe.com



# Hundstrümmerl-Plage



Foto: www.picturestock.com

• Südtirol setzt rigorosen Schritt: Jedes Tier durch Registrierung rasch ausgeforscht • Kritik, aber auch Zustimmung in Tirol

## Kommissar DNA im Kampf gegen Gackerl-Sünder

Die „Tiroler Krone“ berichtete bereits über den Südtiroler-Weg gegen Hundekot-Plage. Mit einer genetischen Probe (Symbolbild) könnten Tierhalter zur Kasse gebeten werden.

ser Vorschläge natürlich verwundert den Kopf.

### 2 Millionen Katzen, mehr als 800.000 Hunde im Land

Denn Österreicher lieben ihre Haustiere (siehe Grafik u.). Auf Platz 1 die Samtpfoten: Laut Statistik hat jeder zweite der mehr als 4 Millionen Privathaushalte eine

Katze. Gefolgt von rund 800.000 Hunden. Wir mögen es aber auch exotisch: Rund 125.000 Reptilien schlängeln und kriechen daheim herum. Und für die tierischen Freunde greifen Herr und Frau Österreicher auch in Zeiten der Teuerungen kräftig ins Börstel: Im Vorjahr beliefen sich die

Kosten etwa für Hundehalter im Schnitt auf mehr als 100 Euro.

Am günstigsten sind unter den heimischen Haustieren die bunten Melodiemacher Wellensittiche davongekommen. Insgesamt schlägt das fröhliche Federvieh mit sieben Euro zu Buche.

M. Lassnig



### LAUFENDE MONATLICHE KOSTEN NACH TIER- UND KOSTENART IM JAHR 2021



eines Hobbybauern fiel einem Wolf zum Opfer ➤ Paradies am Weerberg ist zerstört:

# meine Schafherde einsperren“

**Es wird immer von Tierschutz geredet. Aber wo bleibt dieser, wenn sich die Schafe nicht mehr frei bewegen können?**

Schafhalter aus Weerberg

einsperren. Wo bleibt da der Tierschutz?“, fragt sich der 21-Jährige. Zusätzliche Arbeit ist nötig: „Vorher fuhr ich alle zwei Tage zum Füttern hin, jetzt muss ich dauernd die Tür öffnen und schließen.“ Die Fenster des Stalls hat der Schafbauer bereits zugenagelt. An absolute Sicherheit vor einem Wolf glaubt der Weerberger auch untertags nicht. Wie viele Landwirte in Tirol ist auch er überzeugt, dass Schafe und Wölfe nicht koexistieren können. **Andreas Moser**



Die Idylle am Weerberg ist durch den Wolfsriss getrübt, der junge Hobbybauer sperrt die Tür zu.

Foto: ZOO/TIROL

➤ Ausgerechnet ein hochträchtiges Tier

## „Jetzt muss ich

Es war ein wahres Schaf-Paradies, die Tiere konnten 24 Stunden lang beim offenen Stall aus- und eingehen. Doch in der Nacht auf Mittwoch kam der Wolf und ein trächtiges Muttertier lag am Morgen schrecklich zugerichtet tot auf der Weide. Jetzt muss sich bei einem Hobbylandwirt hoch oben am Weerberg vieles ändern.

„Dass sich auch bei uns ein Wolf herumtreibt, hat man schon einmal gehört. Aber passiert ist bisher noch nichts“, schildert der Unterländer Schafhalter. Am Mittwochmorgen war der Schock daher umso größer, als er zu seiner Weide im Bereich Innerst fuhr.

Ein Schaf, das in den kommenden Tagen Nachwuchs erwartet hätte, lag regelrecht zerrissen am Boden. „Wegen der Trächtigkeit war es vermutlich nicht mehr schnell genug, um zu entkommen. Es muss eine wilde Verfolgung gewesen sein, der Zaun war zertrümmert.“ Das tote Schaf wies

eine etwa sieben Zentimeter tiefe Wunde am Hals auf, das Raubtier fraß dann Teile des hinteren Körpers.

**„Zu 99 Prozent ein Wolf“, die Untersuchung folgt**

Die verständigte Amtstierärztin konstatierte, dass „zu 99 Prozent“ ein Wolf am Werk gewesen sei. „Die Proben wurden bereits nach Wien zur genetischen Untersuchung geschickt“, hieß es seitens des Landes.

Sieben Schafe und zwei Lämmer bleiben dem Hobbybauern noch übrig. „Der Freilauf rund um die Uhr ist jetzt nicht mehr möglich. Ich muss die Tiere nachts

# Ist in Tirol Platz für Wölfe?

TT 14.05.22

**Thema:** Die Rückkehr der Beutegreifer in den Alpenraum.

Zuvor möchte ich betonen, dass ich es richtig finde, wenn Haustiere und Nutztiere wie Schafe, Rinder, Hühner usw. geschützt werden. Nur eben nicht von schießwütigen Jägern in Ortsgebieten. Soweit mir bekannt ist, dauert es immer eine Zeit lang, bis festgestellt werden kann, ob es sich um einen Wolf, Bär oder Hund handelt.

Ebenso unbekannt sind mir gefährliche Begegnungen mit Bären, vermutlich handelt es sich dabei um eine Urangst und weniger um Tatsachen. Auch Wölfe meiden die Nähe zum Menschen und zu menschlichen Ansiedelungen. Wenn nun ein Wolf im Osttiroler Aras in einer unbewachten und vermutlich ungesicherten Schafherde gewütet hat, so handelt es sich um einen Einzelfall. Wie vie-

le Unfälle mit Personenschäden werden durch Raser und Schnellfahrer in Ortschaften begangen? Setzt man das in Relation, dann ist die Euphorie für einen raschen Abschussbescheid und (liebevoll ausgedrückt) Entnahmebescheid etwas übertrieben.

Peter Morth  
6380 St. Johann in Tirol

Wölfe, die Schafe und Wildtiere töten, Wölfe, die Bürger verängstigen, und Wölfe, die auch die Politik beschäftigen. Da die Anpassungsfähigkeit des Wolfes beeindruckend ist, ändert sich der Ton. Kein „Wir schaffen das“, sondern „Weg damit“, das brauchen wir nicht.

Es gibt ja viele Menschen in unserem Land, denen die Ausbreitung des Wolfes jetzt schon zu weit geht. Das Rechtliche ist ja das eine, das andere sind Stimmungen,



Zuletzt wurden wieder Spuren von Wölfen in Tirol entdeckt. Foto: Rudy De Moor

sind Befürchtungen, auch das sind ernst zu nehmende Probleme. Der ländliche Raum kann kein vollverdrahteter Hochsicherheitsraum werden. Der Konflikt zwischen Wolf und Weidetierhaltung lasse sich auch nicht mit dem Scheckbuch lösen. Die Wolfspolitik dürfe sich nicht allein darauf stützen, Kosten für Herdenschutz und gerissene Schafe zu entschädigen. In dicht besiedelten Regionen oder Gebieten mit ausgeprägter Weidewirtschaft sowie auf

Almen ist kein Platz für den Wolf.

Die Schäfer können ja nicht einen Rüstungswettlauf mit den Wölfen beginnen. Den verlieren auf jeden Fall die Schäfer. Und das wollen wir nicht, weil Schafhaltung und extensive Weidewirtschaft eben auch ungemein wichtig sind für unsere Artenvielfalt. Betroffene Schäfer haben längst die Geduld verloren und fordern: „Der Wolf muss weg.“ Ihre Wut ist verständlich. Die Schäden steigen

weiter an, naturnahe Weidewirtschaft gerät in Gefahr. Sie wollen nicht länger zusehen müssen, wie ihre Tiere qualvoll verenden. Gerade weil Wölfe unter strengem Schutz stehen und der Mensch ihnen nicht nachstellen darf, entwickeln sie auch keine Scheu und kommen Dörfern immer näher.

Fazit: Viele Bürger fühlen sich bei dem Thema von der Politik alleingelassen. Es ist Tatsache, hier müssen die Politiker also dringend etwas tun. Jedes weiteres Zuwarten würde die Gefahr erhöhen, auch für den Menschen. Das ist inakzeptabel. Es ist die vornehmste Aufgabe eines Staates, die Menschen zu schützen und dann auch Umwelt und Tiere. In diesem Sinne: Auf ein gutes und positives neues Wolfsjahr!

Johann Spörr  
6143 Matrei am Brenner